

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 27. bis 30. Mai 2011 in Varna, Bulgarien

Inhaltsverzeichnis		<i>Dr. Wolfgang Götzer, MdB (CDU/CSU),</i>
	Seite	<i>Michael Groschek, MdB (SPD),</i>
Teilnehmer der deutschen Delegation	1	<i>Jürgen Hardt, MdB ((CDU/CSU),</i>
Ablauf der Tagung	1	<i>Robert Hochbaum, MdB (CDU/CSU),</i>
Politischer Ausschuss (PC)	1	<i>Johannes Pflug, MdB (FDP),</i>
Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)	5	<i>Dr. Rainer Stinner, MdB (FDP).</i>
Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)	9	Bundesrat:
Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)	10	<i>Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg-Vorpommern, Leiter der Delegation,</i>
Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)	14	<i>Minister Jörg Geibert (CDU), Thüringen,</i>
Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss (NRPC)	16	<i>Staatsminister Rainer Robra (CDU), Sachsen-Anhalt,</i>
Plenarsitzung	17	<i>Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD), Nordrhein-Westfalen.</i>
		Ablauf der Tagung
		Die Sitzungen der Ausschüsse fanden am Samstag, 28. Mai 2011, und am Sonntag, 29. Mai 2011, statt. Das Plenum tagte am Montag, 30. Mai 2011.

Die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) fand vom 27. bis 30. Mai 2011 in Varna, Bulgarien, statt.

Teilnehmer der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Dr. Karl A. Lamers, MdB (CDU/CSU), Leiter der Delegation,

Ursula Schmidt, MdB (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,

Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am Samstag, 28. Mai 2011, unter dem Vorsitz von Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada).

I. Überblick über die Themen

Im Zentrum der Beratungen des Politischen Ausschusses standen – neben Aspekten der bulgarischen Außen- und Sicherheitspolitik – insbesondere die als Arabischer Frühling bezeichneten politischen Entwicklungen im Nahen Osten und in Nordafrika, die politischen Entwicklungen in Afghanistan und Pakistan und die wachsende weltpolitische Bedeutung Chinas.

II. Vortrag des bulgarischen Außenministers, Nickolay E. Mladenov, zum Thema „Das neue Strategische Konzept der NATO, neue Partnerschaften, neue Herausforderungen: Die bulgarische Perspektive“

Minister **Nickolay E. Mladenov** betonte die politische Bedeutung der auf dem NATO-Gipfel von Lissabon gefassten Beschlüsse und mahnte deren Umsetzung an. Das neue Strategische Konzept der NATO weise nicht nur auf neue Sicherheitsrisiken hin, sondern biete auch gemeinsame Lösungen an. Dies gelte insbesondere für das Projekt der Errichtung eines Raketenabwehrschirms in Europa in Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation, das Bulgarien sehr unterstütze. Elementar sei, dass die NATO auch angesichts reduzierter öffentlicher Haushalte die notwendigen militärischen Fähigkeiten vorhalten könne. Dies setze Kooperation sowohl unter den Mitgliedstaaten als auch zwischen der NATO und der Europäischen Union (EU) voraus. Für Bulgarien seien die Beziehungen der NATO zum westlichen Balkan, die Fortsetzung der Politik der offenen Tür und das Thema Energiesicherheit von besonderer Bedeutung. Bulgarien begrüße daher, dass das neue Strategische Konzept ausdrücklich eine Mitgliedschaftsperspektive für die Staaten des westlichen Balkan eröffne, sofern diese die notwendigen Reformen durchführten. Das Thema Energiesicherheit spiele für Bulgarien seit der Gaskrise im Jahr 2008 eine besondere Rolle. Die seit Beginn des Jahres stattfindenden politischen Veränderungen im Nahen Osten und in Nordafrika bezeichnete der Minister als Aufstand gegen korrupte Regime, der zeige, dass Demokratie nicht auf bestimmte Religionen oder Kulturen begrenzt sein müsse. Bulgarien betrachte die Entwicklung in der arabischen Welt als historische Chance, die Unterstützung verdiene. So habe kürzlich in Sofia eine Konferenz stattgefunden, die Begegnungen von Politikern aus arabischen Staaten mit Persönlichkeiten aus Osteuropa, die während des friedlichen Wandels in den Jahren nach 1989 an politischen Schaltstellen tätig gewesen seien, ermöglicht habe. Der Minister forderte die EU und die NATO auf, ebenfalls nach ihren Möglichkeiten Hilfestellung anzubieten, sei es durch Handelserleichterungen und zivile Aufbauhilfe oder durch Wissenstransfer.

In der sich anschließenden Debatte ging es in den meisten Beiträgen um die Inhalte des neuen Strategischen Konzepts. So bat der Abgeordnete **Imants Liegis** (Lettland) Außenminister Mladenov um seine Einschätzung, ob sich durch das neue Strategische Konzept die Kernaufgaben der NATO geändert hätten. Minister **Nickolay E. Mladenov** verneinte dies, da trotz neu hinzugekommener Aufgaben die Verteidigung des Bündnisgebiets nach wie vor im Zentrum stehe. Zudem trage die Vereinbarung der Entwicklung eines Raketenabwehrsystems für Europa zur Effektivität der Allianz in diesem Kernbereich bei. Der Abgeordnete **Sir Menzies Campbell** (Vereinigtes Königreich) fragte, ob das neue Strategische Konzept ausreichend auf das Problem der Ressourcenknappheit angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise eingehe und äußerte die Befürchtung, dass die NATO ihren militärischen Aufgaben bald nicht mehr gerecht werden könne. Der Abgeordnete **Victor Ozerov** (Russische Föderation)

stellte in Frage, dass das geplante Raketenabwehrsystem überhaupt einen europäischen Anteil haben werde, der über die bloße Übernahme des US-amerikanischen Systems hinausgehe. Er frage sich außerdem, was die NATO Russland anbieten wolle, wenn eine russische Beteiligung am NATO-System gar nicht gewollt sei. Nach Auffassung von **Nickolay E. Mladenov** mache es die Ressourcenknappheit in der NATO erforderlich, verstärkt Prioritäten zu setzen. Dabei stehe Afghanistan nach wie vor an erster Stelle. Es sei hingegen nicht auszuschließen, dass andere Projekte aus Finanzgründen aufgegeben oder zurückgestellt werden müssten. Allerdings werde die Ressourcenknappheit nicht dazu führen, die NATO von einer militärischen in eine bloße politische Allianz zu verwandeln. Er drückte die Überzeugung aus, dass die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland im Bereich der Raketenabwehr konstruktiv sein und zur Akzeptanz des Projekts in den Bevölkerungen der betroffenen Staaten beitragen werde. Senator **Sergio De Gregorio** (Italien) und Abgeordneter **Assen Agov** (Bulgarien) gingen auf die politischen Veränderungen im Nahen Osten und in Nordafrika ein. Die Unterstützung der Reformkräfte in den betroffenen Staaten bedeute möglicherweise die Unterstützung islamischer Fundamentalisten, die aus zukünftigen Wahlen als Sieger hervorgehen könnten. Auch sei eine Flut von politischen Beratungsangeboten den Betroffenen nicht immer eine Hilfe. Erforderlich sei vielmehr ein durchdachtes und zielgerichtetes Herangehen. Minister **Nickolay E. Mladenov** betonte die Bedeutung der Zivilgesellschaft in den arabischen Ländern, die aktiv gefördert werden müsse. Der Abgeordnete **Jean-Michel Boucheron** (Frankreich) bezog sich auf die geplante Erdgaspipeline Nabucco, die Europa im Bereich der Energieversorgung von Russland unabhängiger machen solle, und fragte, ob in diesem Zusammenhang die Sanktionen gegen den Iran sinnvoll seien, der als potentieller Erdgaslieferant angesehen werde. Minister **Nickolay E. Mladenov** wies darauf hin, dass das Projekt Nabucco nicht nur vom Iran abhängen, sondern dass auch andere Länder wichtige Partner seien, beispielsweise Aserbeidschan oder Irak.

III. Beratung des Generalberichtsentwurfs zum Thema „Der Aufstieg Chinas und mögliche Auswirkungen auf die NATO“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Abgeordneter Assen Agov (Bulgarien)

Die Volksrepublik China, so der Generalberichterstatter Abgeordneter **Assen Agov** (Bulgarien) sei zu einer regionalen und globalen Macht geworden und habe begonnen, sich außenpolitisch stärker in Fragen einzumischen, die auch die Sicherheit des NATO-Gebietes tangierten. Zu beachten sei aber, in welcher komplexen Umbruchsituation sich das Land befinde. So sei Chinas Außenpolitik als Fortsetzung von politischen Entwicklungen innerhalb des Landes zu verstehen. Während sich China wiederholt zu seinen friedlichen außenpolitischen Absichten bekannt habe, würden die militärischen Fähigkeiten sehr schnell fortentwickelt. Dies verursache einige Unruhe in den Nachbarstaaten, insbesondere in denjenigen, mit denen China andauernde Territorialkonflikte habe. Das wachsende chinesische Selbstvertrauen habe die Beziehungen zu regionalen Partnern, insbesondere zu Japan, in letzter

Zeit belastet. Der Berichterstatter hielt den Ausbau der gerade erst entstandenen Kontakte zwischen der NATO und der Volksrepublik China daher für sinnvoll, insbesondere auf der Ebene des institutionalisierten Informationsaustausches. Auf eng begrenzten Feldern, auf denen es übereinstimmende Sicherheitsinteressen gebe, beispielsweise in Afghanistan, sei auch eine darüber hinausgehende Kooperation denkbar.

Der Abgeordnete **Loïc Bouvard** (Frankreich) wies darauf hin, dass eine Delegation der Versammlung im September 2011 zum ersten Mal nach China reisen werde. Die Abgeordnete **Marit Nybakk** (Norwegen) erinnerte daran, dass China zwar einerseits immer mächtiger werde und beispielsweise in Afrika geradezu imperialistisch auftrete, auf der anderen Seite aber nach wie vor Entwicklungshilfe aus europäischen Ländern erhalte. Sie plädierte dafür, die Zusammenarbeit mit China zunächst auf punktuelle Fragen wie Afghanistan oder die Bekämpfung der Piraterie zu begrenzen. Senator **Sergio De Gregorio** (Italien) empfahl, China ernst zu nehmen, da es als Industrie- und Wirtschaftsmacht die westliche Welt vor große Herausforderungen stelle. Dies betreffe vor allem die Vereinigten Staaten, die bei China hoch verschuldet seien. Er kritisierte, dass der vorliegende Bericht die Defizite Chinas im Menschenrechtsbereich und den chinesischen Kollisionskurs gegenüber dem Westen zu wenig thematisiere. Der Abgeordnete **Johannes Pflug** (Deutschland) dankte dem Berichterstatter für seinen ausgewogenen Bericht, der die richtigen Schlussfolgerungen ziehe. China sei als internationaler Partner kalkulierbar. Das Land habe sich innenpolitisch vom Klassenkampf verabschiedet, brauche für die Fortsetzung dieser Politik aber anhaltend hohe wirtschaftliche Wachstumsraten von mindestens acht Prozent jährlich. Dies führe zu einer aggressiven Wirtschaftspolitik, beispielsweise in Afrika. Allerdings trage China auch zur Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika bei. Es komme darauf an, China deutlich zu machen, dass es Grenzen der Verfolgung unilateraler Interessen gebe, und das manche Interessen multilateral verfolgt werden müssten. Im Verhältnis zu Nordkorea herrsche zwischen beiden Staaten tiefes Misstrauen. Nordkorea sei aber von China abhängig, während China aus Angst vor einer Flüchtlingswelle an einem stabilen und kontrollierbaren System in Pjöngjang interessiert sei. Diese Interessenlage könne von der internationalen Gemeinschaft genutzt werden.

IV. Vortrag von Professor Bichara Khader, Direktor des Zentrums für arabische Studien und Forschung (CERMAC) und Professor an der Fakultät für politische, wirtschaftliche und soziale Wissenschaften an der Katholischen Universität Leuven (Belgien) zum Thema: „Aus der Dunkelheit herausgetreten: Demokratische Revolutionen im arabischen Raum – Was der Westen beitragen kann“

Der Arabische Frühling, räumte **Professor Bichara Khader** ein, sei auch für die meisten Arabien-Experten eine Überraschung gewesen. Für die NATO und auch für

die EU seien Nordafrika und der Nahe Osten von großer Bedeutung. Das Handelsvolumen Europas mit der Region belaufe sich auf 250 Milliarden Euro jährlich und übersteige damit die wirtschaftliche Bedeutung von Lateinamerika und Afrika zusammen. Zudem stammten etwa 60 Prozent aller europäischen Ölimporte aus der Region. Die politischen Umbrüche in mehreren arabischen Staaten seien durch eine liberale Jugend initiiert worden, die wirtschaftlichen Fortschritt wolle, der ihr von den oft korrupten Regimen verweigert worden sei. Ihr Aufstand habe den Mythos widerlegt, der Islam sei mit demokratischen Strukturen unvereinbar, und außerdem einen Schlusspunkt hinter die theokratische, autoritäre, antiwestliche und gewalttätige Agenda von Al-Qaida gesetzt. Die Staaten der Region hätten in den letzten 50 Jahren eine Bevölkerungsexplosion erlebt, die zu einer Vervierfachung der Bevölkerungszahlen geführt habe. Ein großer Teil der jungen Leute sei gebildet und gut informiert, leide aber unter einem Mangel an Arbeitsplätzen und Perspektiven. An der Spitze der Aufstände stünden auch gut ausgebildete junge Frauen, die sich weigerten, zur traditionellen Rollenverteilung, die die Theokraten predigten, zurückzukehren. Beeindruckend an den Protesten sei, dass die Menschen, die so lange in Angst vor ihren Regimen gelebt hätten, nun im Gegenzug diese in Angst und Schrecken versetzten. Welche Ergebnisse die Proteste letztendlich bringen würden, hänge von den Gegebenheiten in den einzelnen Ländern ab. Dabei spielten der Grad der Urbanisierung, die Homogenität der Bevölkerung und die Rolle des Militärs eine Rolle. Tunesien und Ägypten hätten die größten Chancen auf eine positive Entwicklung. Im Gegensatz dazu seien die Aufstände in Libyen, Syrien und Bahrain wohl zum Scheitern verurteilt, da dort legitime Forderungen der Menschen mit staatlicher Brutalität niedergeschlagen würden. Der Nachrichtensender *Al Jazeera* spiele eine wichtige Rolle bei der Berichterstattung über diese Vorgänge und unterstütze offen den Militäreinsatz der NATO in Libyen. Dies sei ein Indiz dafür, dass im Hinblick auf die Verurteilung von Tyrannei und Menschenrechtsverletzungen ein Konsens gefunden sei.

Eine Abgeordnete erkundigte sich, wie die von den G8 zugesagte Finanzhilfe am sinnvollsten verwendet werden könne. Professor Bichara Khader mahnte, Hilfsgelder koordiniert und zielgerichtet zur Verfügung zu stellen. Maßgeblich sei der Aufbau einer Zivilgesellschaft in den betroffenen Ländern, insbesondere durch die Bereitstellung von Arbeitsplätzen, aber auch durch eine veränderte Rolle der Frauen, die für die demokratische Entwicklung des Landes essentiell seien, denn Demokratie beginne in den Familien und in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern. Der Professor warb dafür, die Entwicklungen in der Region zu unterstützen und keine Angst vor den Folgen zu haben. Die Jugend in der Region wolle eine moderne und demokratische arabische Welt, keine Rückkehr zum Islam.

Andere Mitglieder des Ausschusses fragten nach den Aussichten für die Protestbewegung in Syrien und für die Auswirkungen des Arabischen Frühlings auf den Friedensprozess im Nahen Osten. Im Hinblick auf Syrien

hielt Professor Bichara Khader es für wahrscheinlich, dass das Regime von Präsident Baschar al-Assad die Unruhen überstehen werde. Die Proteste reichten nicht aus, um den Druck auf das Regime zu erhöhen, und die Armee fraternisiere nicht mit der Bevölkerung. Das gewaltsame Einschreiten gegen Demonstranten werde also vermutlich weitergehen. Ein militärisches Eingreifen der internationalen Gemeinschaft sei unkalkulierbar und werde auch am russischen Veto im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) scheitern. Auf den Nahostkonflikt wirke sich der Arabische Frühling bereits aus, denn die Palästinenser hätten ihre Spaltung beendet. Außerdem sei zu erwarten, dass Ägyptens Engagement in der Region zunehmen werde. Aufgrund der Größe und strategischen Lage des Landes sei das auch vor der Mubarak-Ära schon so gewesen. Zwar werde Ägypten den Friedensvertrag mit Israel nicht aufkündigen, der Druck auf Israel werde sich jedoch erhöhen.

Auf die Nachfrage eines Ausschussmitglieds nach der künftigen Rolle von Al-Qaida antwortete Professor Bichara Khader, Al-Qaida habe zum Arabischen Frühling nichts zu sagen gehabt und sich auch nicht zu Wort gemeldet. Demokratie, Freiheit und Arbeitsplätze kämen in der Ideologie der Organisation nicht vor. Durch Al-Qaida seien mehr Muslime ums Leben gekommen als durch jede andere Institution der Welt, und die Organisation spiele jetzt keine Rolle mehr. Allerdings könne die Rolle Al-Qaidas wieder größer werden, wenn die Revolutionen scheiterten und die Menschen die Hoffnung auf bessere Lebensverhältnisse verlören. Deshalb sei das Engagement der internationalen Gemeinschaft so wichtig.

Auf die Frage, was aus den Monarchien in der Region werden würde, insbesondere aus Marokko und Jordanien, vertrat Professor Bichara Khader die Auffassung, sie würden vermutlich die Umwälzungen überstehen. Sie seien gut genug beraten, auf manche Forderungen aus der Bevölkerung einzugehen. Zudem zielten die Forderungen der Demonstranten in diesen Ländern auf Reformen innerhalb der monarchischen Systeme.

V. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ zum Thema „Weißrussland, ein schwieriger Partner“, vorgelegt von dem Berichterstatter Abgeordneter Daniel Bacquelaine (Belgien)

Weißrussland, so der Berichterstatter Abgeordneter **Daniel Bacquelaine** (Belgien), sei für Europa aufgrund seiner strategischen Lage von Bedeutung und dürfe nicht nur als Annex der Beziehungen Europas zu Russland betrachtet werden. Weißrussland bleibe jedoch ein schwieriger Partner. Mit der NATO werde zwar das Programm Partnerschaft für den Frieden fortgesetzt, mit der EU seien die Beziehungen aber seit den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2010, in deren Zusammenhang es erhebliche Repressionen gegen Oppositionelle gegeben habe, eingefroren. Die massiven Menschenrechtsverletzungen in Weißrussland seien von der internationalen Gemeinschaft einmütig und scharf verurteilt worden. Mit-

gliedstaaten der NATO und der EU hätten Reisebeschränkungen gegen Mitglieder des Regimes von Präsident Alexander Lukaschenko verhängt und Vermögenswerte eingefroren. Die vorsichtige wirtschaftliche und politische Öffnung des Landes sei seitdem wieder zum Stillstand gekommen. Der Berichterstatter empfahl der NATO und der EU, den Dialog mit Weißrussland nicht völlig abreißen zu lassen. Dies müsse allerdings mit der konsequenten Forderung demokratischer Reformen und der Einhaltung der Menschenrechte verknüpft werden. Es komme darauf an, dass die Mitgliedstaaten von NATO und EU in diesen Fragen mit einer Stimme sprächen.

In der Debatte erklärte ein Mitglied der russischen Delegation, dass Präsident Alexander Lukaschenko rechtmäßig wiedergewählt worden sei. Die Demonstrationen gegen ihn seien nicht genehmigt gewesen. Deshalb seien die Initiatoren der Proteste verurteilt worden. Ein Ausschussmitglied aus Luxemburg bewertete die Versorgungslage der Menschen in Weißrussland als besser als in den Nachbarstaaten, was offensichtlich das Regime Alexander Lukaschenkos stabilisiere. In mehreren Redebeiträgen wurde jedoch auf die schlechter werdende Wirtschaftslage in Weißrussland als Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hingewiesen. Jüngste Studien belegten daher eine zunehmende Orientierung der Menschen in Weißrussland in Richtung Europa. Diese Einschätzung teilte auch der Berichterstatter, der zudem darauf hinwies, dass die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) Unregelmäßigkeiten bei der Präsidentschaftswahl im Dezember 2010 festgestellt und auf die Unterdrückung Oppositioneller hingewiesen habe. Das Regime von Präsident Alexander Lukaschenko habe daher deutlich diktatorische Züge.

VI. Vortrag von Dr. habil. Christian Wagner, Leiter der Forschungsgruppe Asien in der Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP), zum Thema „Jüngste Entwicklungen in Pakistan und deren Auswirkungen auf Afghanistan“

Pakistan, so **Dr. habil. Christian Wagner**, verfolge mit seiner Afghanistan-Politik drei Ziele: die Zurückdrängung indischen Einflusses in der Region, die Abwehr afghanischer Gebietsansprüche, insbesondere im Hinblick auf die Durand-Linie, sowie die Bekämpfung iranischer Unterstützung für schiitische Gruppierungen. Die starke Stellung des Militärs im pakistanischen Staat habe seit der Staatsgründung 1947 nennenswerte Fortschritte im Hinblick auf eine wirtschaftliche und politische Kooperation mit anderen Staaten der Region konterminiert und gelegentliche Annäherungen an Indien sabotiert. Diese Politik habe sich besonders in den Stammesgebieten mit ihren komplexen Netzwerken und Loyalitäten negativ ausgewirkt. Während die NATO im Rahmen ihres Afghanistan-Einsatzes grundsätzlich alle militanten Gruppen bekämpfe, unterscheide Pakistan danach, ob eine Gruppe pakistanischen Interessen diene oder nicht. Die einzige Hoffnung sei eine Reform der pakistanischen Armee und deren Unterordnung unter eine pakistanische

Staatsgewalt, die politische Interessen verfolge, und nicht nur militärisch auf Indien fokussiert sei. Die Armee, die erhebliche wirtschaftliche Interessen habe und viele Privilegien genieße, nutze die Bedrohung durch Indien in ihrem Sinne aus. Eine effektive parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte gebe es nicht. Ein weiterer den Anschlägen von Mumbai im Jahr 2008 vergleichbarer Vorfall könne den fragilen Frieden zwischen Pakistan und Indien beenden. Die Vereinigten Staaten unterstützten Pakistan zwar nach wie vor auch durch Militärhilfe, es gebe jedoch auf beiden Seiten eine wachsende Unzufriedenheit mit dem US-amerikanisch-pakistanischen Verhältnis.

Auf die Frage des Abgeordneten **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland), wie die Tötung Osama bin Ladens am 2. Mai 2011 die Beziehungen zwischen Pakistan und den Vereinigten Staaten beeinflusst habe, antwortete **Dr. habil. Christian Wagner**, diese seien dadurch weiter verschlechtert worden. Insbesondere befürchte Pakistan, dass die Vereinigten Staaten eine ähnliche Operation gegen das pakistanische Nuklearwaffenarsenal durchführen könnten. Der Abgeordnete **Johannes Pflug** (Deutschland) vertrat die Auffassung, der pakistanische Geheimdienst, wenn auch wohl nicht die pakistanische Regierung, müsse vom Aufenthaltsort Osama bin Ladens gewusst haben. Trotzdem sei auch die Regierung jetzt international blamiert. Die internationale Gemeinschaft müsse prüfen, inwieweit zukünftig noch mit Pakistan kooperiert werden könne, das Afghanistan nur als Hinterland im Konflikt mit Indien betrachte. Chinas Rolle in der Region nehme zu und dies sei gegebenenfalls zu nutzen, da China kein Interesse daran habe, dass radikale Kräfte in Afghanistan und Pakistan die Macht übernehmen.

Dr. habil. Christian Wagner stellte abschließend die Hypothese auf, die Verhältnisse in Pakistan würden zwar instabil bleiben, die staatlichen Strukturen würden jedoch nicht zusammenbrechen. Es sei daher falsch, Pakistan als *failed state* zu betrachten.

VII. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ zum Thema „Afghanistan – der regionale Kontext“, vorgelegt von dem Berichterstatter Abgeordneter John Derby Paulsen (Dänemark)

Der Berichterstatter Abgeordneter **John Derby Paulsen** (Dänemark) analysierte die Beziehungen Afghanistans zu den benachbarten Staaten und kam zu dem Ergebnis, dass alle Staaten der Region ein Interesse an der Stabilisierung der Verhältnisse in Afghanistan hätten, da die instabile Lage sich in der Region negativ auswirke. Trotzdem sei die Situation in der Region komplex und spannungsgeladen. Ein regionaler Ansatz werde durch Faktoren wie den ungelösten Kaschmir-Konflikt und das iranische Nuklearprogramm erschwert. Manche Staaten hätten Vorbehalte gegen die Präsenz der NATO in der Region und wünschten dem Bündnis weder Erfolg noch Misserfolg. Es sei daher wesentlich für die NATO, vorhandene Partnerschaften zu Ländern in der Region auszubauen und Kontakte dort aufzubauen und zu vertiefen, wo sie noch nicht

in ausreichender Form existierten. Nach dem Rückzug der NATO-Truppen Ende 2014 müssten die VN die Führungsrolle im Hinblick auf die Stärkung des regionalen Ansatzes übernehmen.

In der Debatte erklärte der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland), die Probleme in Afghanistan könnten nur im regionalen Kontext gelöst werden. Hierbei könne auch der Iran nicht ausgenommen werden, der bisher nur im Hinblick auf sein Atomwaffenprogramm betrachtet werde, der in Afghanistan aber eine viel größere Rolle spielen könne. Der Iran habe anderthalb Millionen afghanischer Flüchtlinge aufgenommen, sei massiv am Thema Drogenbekämpfung interessiert und habe kein Interesse an einer „Talibanisierung“ der Region. Die Abgeordnete **Lubov Sliska** (Russische Föderation) verwies darauf, dass Afghanistan noch nie einen Krieg verloren habe und daher ein ziviler Ansatz in der Region zur Lösung des Konflikts unumgänglich sei.

Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss tagte am Sonntag, 29. Mai 2011, unter dem Vorsitz des Senators **Joseph A. Day** (Kanada).

I. Überblick über die Themen

Im Mittelpunkt der Beratungen standen laufende NATO-Operationen, insbesondere der Einsatz in Afghanistan, die Auswirkungen des neuen Strategischen Konzepts der NATO auf zukünftige Operationen, der geplante Aufbau eines Raketenabwehrschirms in Europa sowie Abrüstungsfragen.

II. Vortrag von Anyu Angelov, bulgarischer Verteidigungsminister, zum Thema „Bulgariens NATO-Vision“

Der bulgarische Verteidigungsminister **Anyu Angelov** gab einen Überblick über den politischen Prozess zur Reformierung der bulgarischen Streitkräfte. Das Ziel sei die Schaffung von Streitkräften, die im In- und Ausland sowie im Rahmen von NATO- und EU-Verbänden einsatzfähig seien. Das bulgarische Parlament kontrolliere diesen Prozess und begleite ihn auch aktiv durch gesetzgeberische Maßnahmen. Im Hinblick auf die Schaffung von Fähigkeiten im Verteidigungsbereich unterstütze Bulgarien den Ansatz der *smart defence*, wie er im neuen Strategischen Konzept der NATO verankert sei. Die NATO biete den Mitgliedsländern die Chance der Poolbildung beim Aufbau von Fähigkeiten. Dies erfordere allerdings politischen Willen, da durch Poolbildung zwar das Bündnis gestärkt, die nationale Souveränität im Verteidigungsbereich aber verringert werde. In der gegenwärtig angespannten Wirtschafts- und Finanzlage sei außerdem die Kooperation zwischen der NATO und der EU unumgänglich. *Smart defence* erfordere außerdem eine regionale Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, die Bulgarien beispielsweise mit Griechenland, Rumänien und der Türkei bereits erfolgreich praktiziere. Der Minister unterstrich Bulgariens Unterstützung für die Entwick-

lung eines Raketenabwehrschirms in Europa, mahnte aber auch die weitere Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation in diesem Bereich an. Er appellierte an die Mitgliedstaaten, die NATO in ihren Reformbestrebungen, aber auch bei den laufenden Operationen, weiter zu unterstützen, so wie auch Bulgarien sich fortgesetzt bei den Operationen *International Security Assistance Force (ISAF)*, *Ocean Shield* und *Unified Protector* engagiere. Kernbereich der NATO bleibe für Bulgarien jedoch die Bündnisverpflichtung gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages. Hier müsse die NATO einen präziseren Mechanismus zur Auslösung der Bündnispflicht erarbeiten.

Auf Nachfragen aus der Mitte des Ausschusses ergänzte Minister Anyu Angelov, im Hinblick auf die Raketenabwehr gehe er davon aus, dass die NATO und Russland zwei getrennte Systeme entwickeln würden, die aber einander greifen sollten. Ursache für die noch immer unterentwickelte Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU sei die Nichteinbeziehung der Türkei in die Europäische Verteidigungsagentur. Norwegen hingegen sei, obwohl ebenfalls nicht Mitglied in der EU, in die Europäische Verteidigungsagentur einbezogen. Bulgarien spreche sich daher für eine stärkere Einbindung der Türkei aus. Im Hinblick auf die Bündnisklausel des Nordatlantikvertrages stellte der Minister klar, dass er nicht von einem automatischen Verfahren zur Auslösung der Bündnisverpflichtung ausgehe.

III. Vortrag von General Simeon Simeonov, Oberbefehlshaber der bulgarischen Streitkräfte, zum Thema „Reform des bulgarischen Verteidigungssektors“

General **Simeon Simeonov** erläuterte, auf welche Weise die vom bulgarischen Parlament beschlossenen Reformschritte praktisch umgesetzt worden seien. Die Reform wirke sich konzeptionell und strukturell sowohl im Verteidigungsministerium als auch in den Streitkräften aus. Geplant sei beispielsweise ein erheblicher Personalabbau, in dessen Zuge sich der Personalkörper des bulgarischen Militärs von derzeit 44 000 auf 37 000 Personen verringern werde. Des Weiteren erläuterte General Simeonov die konkreten Beiträge Bulgariens zu Operationen der NATO, der EU und der VN.

IV. Vortrag von John Koenig, politischer Berater des Befehlshabers des *Allied Joint Force Command Naples*, zum Thema „Operation *Unified Protector*“

John Koenig begann seinen Vortrag mit einer Beschreibung der bedrohlichen Lage, in der sich die libysche Zivilbevölkerung befunden habe, als die Truppen Muammar al-Gaddafis sich Bengasi genähert hätten. Die NATO habe sich daher entschieden, die Resolutionen 1970 und 1973 des VN-Sicherheitsrates schnell und entschieden umzusetzen. Die NATO-Operation *Unified Protector* habe die Aufgaben, das Waffenembargo und die Flugverbotszone durchzusetzen und die Zivilbevölkerung zu schützen. Durch die Luftschläge der NATO sei es gelungen, Gaddafis Truppen zu schwächen, ohne die Hilfslieferungen an die Bevölkerung zu unterbinden. Zu-

dem sei bis heute kein Fall bekannt, bei dem es aufgrund von NATO-Angriffen zu zivilen Opfern gekommen sei. Die NATO-Außenminister hätten auf ihrer Konferenz am 14. April 2011 in Berlin klare Voraussetzungen für ein Ende der Militäroperation definiert. So werde gefordert, dass alle Angriffe auf die Zivilbevölkerung eingestellt werden und die Truppen Gaddafis in ihre Stützpunkte zurückkehren müssten. Zudem müssten Hilfslieferungen in alle Landesteile zugelassen werden. Bisher habe das Gaddafi-Regime keine dieser Bedingungen erfüllt. Durch die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen wie den VN, der EU, der Arabischen Liga und der Afrikanischen Union versuche die NATO, ihren Einsatz in Libyen so effizient wie möglich durchzuführen und vor allem zu gewährleisten, dass humanitäre Hilfe die bedürftigen Menschen erreichen könne.

Auf die Nachfrage des Abgeordneten **Sven Mikser** (Estland), ob die Operation *Unified Protector* in Libyen eine Botschaft an andere despotische Regime der Region aussehe, antwortete **John Koenig**, im Hinblick auf Syrien habe der NATO-Generalsekretär klargestellt, dass eine militärische Operation dort nicht zur Debatte stehe. Ein Ausschussmitglied kritisierte, die NATO habe nach der Verabschiedung der Resolution 1973 im VN-Sicherheitsrat zu lange gebraucht, um in Libyen aktiv zu werden. John Koenig erwiderte, mit einem Abstimmungsprozess von zwölf Tagen habe die NATO so schnell reagiert wie nie zuvor. Aufgrund des im Bündnis herrschenden Konsensprinzips sei diese Zeit benötigt worden. Auf die Fragen mehrerer Abgeordneter nach den Zukunftsaussichten für Libyen antwortete er, alles, was nach dem Gaddafi-Regime käme, werde eine Verbesserung gegenüber dem Status quo sein. Die Kontakte zur libyschen Opposition würden immer besser und es entstehe Vertrauen auf beiden Seiten. Die Gestaltung der Zukunft Libyens liege allerdings nicht in den Händen der NATO. Auf kritische Nachfragen mehrerer Ausschussmitglieder zur Reichweite des Mandats des VN-Sicherheitsrates unterstrich er, die Resolution 1973 umfasse keinen Regimewechsel und die NATO werde sich daran halten. Allerdings sei die NATO nicht verpflichtet, Gebäude, in denen Muammar al-Gaddafi vermutet werde, besonders zu schützen. Niemals werde die NATO jedoch beispielsweise ein Krankenhaus angreifen, nur weil sich Gaddafi möglicherweise dort verstecke.

V. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ zum Thema „NATO-Operationen im Rahmen eines neuen Strategischen Konzepts und die EU als Partner bei Operationen“, vorgelegt von der Berichterstatterin Abgeordnete **Nicole Ameline** (Frankreich)

Der Bericht, so die Berichterstatterin Abgeordnete **Nicole Ameline** (Frankreich), ziehe Lehren aus früheren NATO-Operationen, werte die laufenden Operationen aus und versuche, Schwachstellen aufzuzeigen, an denen Verbesserungsbedarf bestehe. Ein Schwerpunkt werde auf die Implikationen des neuen Strategischen Konzepts für laufende und zukünftige Operationen sowie auf die wach-

sende Rolle der EU als ein operationeller Partner der NATO gelegt. Die Operation *Unified Protector* in Libyen sei gewissermaßen der Testfall für einen Einsatz der NATO nach dem Gipfel von Lissabon. Das neue Strategische Konzept könne nur erfolgreich sein, wenn die Beschlüsse auch umgesetzt würden. Dies erfordere politischen Willen und auch finanzielle Anstrengungen in den Mitgliedstaaten. Insofern bestehe eine Spannungslage zwischen den immer knapper werdenden nationalen Verteidigungshaushalten und der Notwendigkeit für die europäischen Staaten, eigene Fähigkeiten zu entwickeln. Dazu gehörten auch Fähigkeiten im zivilen Bereich, denn die meisten Konflikte, in denen sich die NATO engagiere, seien nicht rein militärisch zu lösen. Zudem zeigten die Einsätze in Afghanistan und in Libyen, dass zur Erreichung politischer Lösungen ein globaler Ansatz erforderlich sei, insbesondere die Zusammenarbeit der NATO mit Partnerorganisationen. Eine engere Kooperation müsse insbesondere mit der EU erfolgen. Beide Organisationen hätten sich strategisch auf die neuen Sicherheitsherausforderungen eingestellt, die EU durch den Vertrag von Lissabon im Jahr 2009, die NATO durch ihr neues Strategisches Konzept im Jahr 2010. Damit die EU im Bereich der internationalen Sicherheitspolitik voll einsatzfähig werden könne, sei allerdings eine Lösung des Zypern-Konflikts unabdingbar.

In der sich anschließenden Debatte bezeichnete der Abgeordnete **Michael Groschek** (Deutschland) den Einsatz der NATO im Kosovo (*Kosovo Force, KFOR*) als sehr erfolgreiche Mission, die auch Anregungen für den Einsatz in Afghanistan geben könne. Dort gehe es jetzt darum, eine gemeinsame Position der internationalen Gemeinschaft im Hinblick auf den geplanten Truppenabzug zu finden, damit ein Wettlauf um den Ausstieg aus der Mission vermieden werde. Hinsichtlich des Aufbaus europäischer Fähigkeiten gebe es bisher, von einzelnen Kooperationsprojekten abgesehen, keine gemeinsame Perspektive. Jeder Mitgliedstaat versuche, das Problem des wachsenden Spardrucks im Bereich der öffentlichen Haushalte alleine zu lösen, anstatt gemeinsame Lösungsansätze zu verfolgen. Die Berichterstatterin Abgeordnete **Nicole Ameline** bestätigte diese Einschätzung und forderte kluge Entscheidungen der Mitgliedstaaten in Richtung einer größeren Effizienz von Verteidigungsausgaben. Die EU müsse in diesem Bereich ihre Hausaufgaben erledigen, wenn sie zu einer militärischen Macht mit entsprechenden Fähigkeiten werden wolle. Doppelausgaben seien nicht mehr länger vertretbar.

VI. Beratung des Generalberichtsentwurfs zum Thema „Der Übergang in Afghanistan: Einschätzung und Beurteilung der Sicherheitsanstrengungen“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Abgeordneter Sven Mikser (Estland)

Die Lage in Afghanistan, so der Generalberichterstatter Abgeordneter **Sven Mikser** (Estland), entwickle sich langsam, beispielsweise viel langsamer als im Irak. Auf dem NATO-Gipfel im November 2010 habe sich die Allianz für die neue Strategie des langsamen Übergangs der Verantwortung an afghanische Kräfte entschieden. Einige Provinzen seien 2011 bereits in afghanische Verant-

wortung übergeben worden. Ob diese Strategie greife, werde sich im Verlauf dieses Jahres herausstellen. Der Bericht stelle die Entwicklung der Sicherheitslage in den unterschiedlichen Landesteilen dar. Besonders beleuchtet werde der Stand des Aufbaus und der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte, die sowohl hinsichtlich ihrer Stärke als auch ihrer Qualifizierung große Fortschritte machten. Erfolge gebe es auch beim innerstaatlichen Versöhnungsprozess und bei der Wiedereingliederung von Taliban-Kämpfern in die afghanische Gesellschaft sowie bei der Ausschaltung von Anführern der Taliban durch die NATO. Seit der Aufstockung der NATO-Truppen insbesondere durch die Vereinigten Staaten habe sich die Sicherheitslage im Süden und Osten des Landes maßgeblich verbessert. So würden große Teile der Provinzen Helmand und Kandahar inzwischen von der NATO und den afghanischen Sicherheitskräften kontrolliert und die dortige Bevölkerung sei nicht länger Anschlägen der Taliban ausgesetzt. Allerdings sei zu berücksichtigen, dass eine verlässliche Einschätzung der Sicherheitslage erst nach Beginn der Kampfphase im Frühjahr 2011 möglich sei. Zudem würden fähige afghanische Regionalverwaltungen benötigt, um die Erfolge langfristig absichern zu können. Festzuhalten sei, dass das Jahr 2010 die höchsten Opferzahlen seit Beginn des Afghanistan-Einsatzes gebracht habe, und zwar sowohl auf Seiten der Zivilbevölkerung als auch der internationalen und afghanischen Streitkräfte.

Der Abgeordnete **Jean-Michel Boucheron** (Frankreich) vertrat die Auffassung, nach der Tötung Osama bin Ladens im Mai 2011 sei der Kriegsgrund in Afghanistan entfallen und der Tod weiterer Soldaten könne nicht gerechtfertigt werden. Senator **Jesús Cuadrado** (Spanien) stellte klar, die Opferzahlen in Afghanistan seien zwar gestiegen, es seien aber inzwischen weit weniger Opfer auf Operationen der internationalen und afghanischen Streitkräfte als auf Anschläge der Taliban zurückzuführen. Der Abgeordnete **Heikki Holmas** (Norwegen) forderte zu definieren, welche Ziele nach dem Tod von Osama bin Laden in Afghanistan noch erreicht werden sollten. Die NATO solle sich zukünftig nicht mehr auf militärische Operationen einlassen, deren zivile Folgen unübersehbar seien. Senator **Giovanni Torri** (Italien) appellierte an die internationale Gemeinschaft, die Erfolge, die erreicht worden seien, anzuerkennen, und nicht vorzeitig aus Afghanistan abzuziehen. Der Abgeordnete **John Stanley** (Vereinigtes Königreich) vermutete jedoch, dass viele beteiligte Staaten ihren Truppenabzug gar nicht mehr von der Entwicklung der Lage in Afghanistan abhängig machen würden.

VII. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ zum Thema „Raketenabwehr: Der zukünftige Weg der NATO“, vorgestellt von dem Berichterstatter Abgeordneter Raymond Knops (Niederlande)

Auf dem NATO-Gipfel im November 2010 in Lissabon, so der Berichterstatter Abgeordneter **Raymond Knops**

(Niederlande), sei die politische Entscheidung getroffen worden, dass die NATO in Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation ein Raketenabwehrsystem für Europa aufbauen solle. Damit sei auf die Bedrohung des NATO-Gebietes durch Raketenangriffe unter anderem aus dem Iran reagiert worden. Zu klären sei nun, wie dieser Beschluss der NATO umgesetzt werden könne. Polen und Rumänien hätten sich bereit erklärt, auf ihrem jeweiligen Staatsgebiet Raketenabschussstationen zu errichten. In anderen Mitgliedsländern sollten Radaranlagen aufgebaut werden. Für Europa sei es allerdings wichtig, nicht nur Empfänger der Raketentechnik der Vereinigten Staaten zu sein. Zu den Unwägbarkeiten im Hinblick auf dieses Projekt gehörten die zu erwartenden Kosten. Zwar sei bisher nur von einem Betrag in Höhe von 200 Millionen Euro die Rede, dieser erfasse jedoch lediglich die Kosten für die Verknüpfung der US-Raketentechnik mit einer Leitzentrale in Europa, nicht jedoch die Anwendung des Systems in den Mitgliedstaaten. Die Vereinigten Staaten wendeten für die Unterhaltung ihrer Raketentechnik zehn Milliarden Dollar jährlich auf. Es sei daher Aufgabe der Parlamentarier aus den NATO-Mitgliedstaaten, auf die Entwicklung der Kosten für das Projekt zu achten. Die Gespräche mit Russland über die Zusammenarbeit bei der Errichtung des Raketenabwehrschirms hätten bisher keinen Durchbruch gebracht. Die NATO beabsichtige, in Abstimmung mit Russland zwei eigenständige Systeme für Europa und für Russland zu entwickeln, Russland fühle sich aber durch das System der NATO bedroht.

In der Diskussion über den Berichtsentwurf forderte ein Ausschussmitglied aus Frankreich, dass die Stationierung eines so aufwendigen Systems durch eine entsprechende Bedrohungsanalyse gerechtfertigt sein müsse. Zudem müsse es klare Festlegungen geben, wer im Ernstfall über den Abschuss beziehungsweise die Ablenkung von Raketen entscheiden solle. Der Abgeordnete **Victor Ozerov** (Russische Föderation) hielt das Ziel der Entwicklung eines gemeinsamen Raketenabwehrsystems durch die NATO und die Russische Föderation für zu optimistisch. Die europäischen Staaten leisteten abgesehen von der Bereitstellung ihres Staatsgebietes keinen eigenen Beitrag, sondern übernahmen lediglich ein US-amerikanisches System. Er hielt die Annahme, der Iran werde bald über Waffen verfügen, die den Aufbau des Raketenabwehrschirms in Europa rechtfertigten, für verfrüht. Russland fordere Rechtsgarantien dafür, dass das System sich nie gegen russisches Territorium richten werde. Der Berichtstatter, Abgeordneter **Raymond Knops** (Niederlande), betonte, Europa wolle mit dem Raketenabwehrschirm keine Angriffswaffe schaffen, sondern lediglich Bedrohungen abwehren. Die Errichtung eines gemeinsamen Systems mit Russland liege in beiderseitigem Interesse. Selbst wenn dies militärisch nicht vollständig realisiert werden könne, mache es Sinn, dieses Ziel politisch zu verfolgen.

VII. Vortrag von Dr. William Potter, Sam-Nunn- und Richard-Lugar-Professor für die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und Direktor des James Martin Center for Nonproliferation Studies (CNS) am Monterey Institute of International Studies (MIIS), zum Thema „Rüstungskontrolle – nächste Schritte der Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation“

Dr. William Potter beschrieb den Stand der Abrüstungsbemühungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation im Hinblick auf Nuklearwaffen. Auch wenn der Weg zur angestrebten globalen Nulllösung noch weit sei, sei die Zusammenarbeit viel intensiver, als oft wahrgenommen werde. Seit den späten 70er Jahren habe es in vielen Bereichen Fortschritte gegeben, beispielsweise beim Austausch sensibler Daten, um zu verhindern, dass Atomwaffen in die Hände Dritter gelangen könnten. Die Bedrohungsanalyse im Hinblick auf die Proliferation nuklearer Technologie und die Gefahr eines nuklearen Terrorismus stimme in den Vereinigten Staaten und in Russland weitgehend überein. Dieses gemeinsame Interesse führe zur Überwindung von Gegensätzen in anderen Bereichen. Gegensätze gebe es nach wie vor besonders im Hinblick auf die Wahrnehmung der Bedrohung durch den jeweils anderen in konventioneller und nuklearer Hinsicht. Obwohl die Vereinigten Staaten unter Präsident Barack Obama durchweg bestrebt seien, ihr Bedrohungspotential gegenüber Russland zu verringern, stelle sich dies aus russischer Perspektive anders dar. Für Russland seien Atomwaffen ein Schlüsselement seiner Sicherheitsdoktrin, nicht zuletzt mit Blick auf die sich entwickelnde Militärmacht China. Russland könne jedoch auch die Fixierung der Vereinigten Staaten auf Iran nicht nachvollziehen. Dennoch sei festzuhalten, dass die Wahrnehmungsunterschiede zwischen Russland und den Vereinigten Staaten oft nicht größer seien als zwischen manchen NATO-Mitgliedstaaten. Im Hinblick auf weitere Abrüstungsbemühungen sei es wichtig, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Wahrnehmungen der Akteure zunächst informell den möglichen Inhalt der nächsten Schritte vorzubereiten. Dies könne über Nichtregierungsorganisationen oder auch über den NATO-Russland-Rat erfolgen. Darauf aufbauend könnten Vereinbarungen in Bezug auf nicht stationierte nukleare Sprengköpfe, konventionelle Langstreckenwaffen, Raketenabwehr und nichtstrategische Nuklearwaffen ausgearbeitet werden. Die entsprechenden Verhandlungen müssten durch vertrauensbildende Maßnahmen, beispielsweise im Bereich des Datenaustausches, der Deaktivierung von Waffen und der Nichtverbreitung, begleitet werden. Möglich seien auch gegenseitige Besuche, um sich von der Durchführung der zugesagten Maßnahmen zu überzeugen. Allerdings lasse die Debatte über nichtstrategische Nuklearwaffen in den Vereinigten Staaten kurz- oder mittelfristig keinen Durchbruch in diesem Bereich erwarten.

Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 28. Mai 2011, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich).

I. Überblick über die Themen

Zentrale Themen der Sitzung waren der Arabische Frühling sowie die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die nationalen Haushalte und Verteidigungsbudgets.

II. Vortrag von Bichara Khader, Direktor des Zentrums für arabische Studien und Forschung (CERMAC) und Professor an der Fakultät für politische, wirtschaftliche und soziale Wissenschaften, an der Katholischen Universität Leuven (Belgien), zum Thema „Soziale und wirtschaftliche Gründe und Folgen der Aufstände in der MENA-Region“

Professor Bichara Khader wies auf die vielfältigen politischen und wirtschaftlichen Interessen der EU an der MENA-Region (Naher Osten und Nordafrika) als Herzstück zwischen Europa, Afrika und Asien hin. Stabilität sei deshalb besonders wichtig. In den letzten 50 Jahren hätten sich viele korrupte Systeme und Familiendynastien entwickelt, die die Einnahmen, z. B. aus Bodenschätzen, nicht in eine wirtschaftliche Entwicklung investiert hätten. Die Spaltung der arabischen Welt in pro- und anti-amerikanisch habe seit dem Kalten Krieg die sozialen und politischen Prozesse sowie die Wirtschaftsentwicklung einfrieren lassen. Professor Bichara Khader sah bei der EU aufgrund der Politik der vergangenen Jahre eine besondere Verantwortung für die weitere Entwicklung dieser Region. Die bisherigen, überwiegend bilateralen Beziehungen müssten zugunsten eines umfassenderen Ansatzes einer EU-arabischen Zusammenarbeit verändert werden. Mit entschlossenen Maßnahmen müssten die aufkommenden Demokratien unterstützt werden, damit der lange, schwierige Übergang trotz vieler Hindernisse und Risiken gelingen könne. Professor Bichara Khader wies darauf hin, Revolution bedeute noch keine Demokratie und Demokratie schaffe keine Arbeitsplätze. Wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum sowie Sicherheit für Investitionen seien notwendig. Er warnte vor radikalen Tendenzen oder massiver Landflucht, sollte die Revolution keine spürbaren Verbesserungen bringen.

In der Diskussion thematisierte der Abgeordnete **Georgi Pirinski** (Bulgarien) den Handelsüberschuss der EU gegenüber der arabischen Welt. Er fragte in diesem Zusammenhang nach der Möglichkeit der Schaffung von Arbeitsplätzen. **Professor Bichara Khader** sprach von einer Diversifizierung der Wirtschaft, einer Einbindung der Märkte in die Weltwirtschaft, einer Intensivierung des Handels der Länder der Region untereinander sowie der Reduzierung der vertikalen Abhängigkeit von Europa. Auf die Frage des Abgeordneten **Petras Austrevicius**

(Litauen) erklärte **Professor Bichara Khader**, auch die Experten seien vom Zeitpunkt und der Entwicklung des Arabischen Frühlings überrascht worden. Er sah als Motoren der Revolution den demografischen Wandel und die hohe Arbeitslosigkeit unter den gut ausgebildeten jungen Leuten. Sie wollten mehr Teilhabe an politischen Entscheidungen. Ihre sozialen Forderungen „Freiheit, Würde, Arbeitsplätze“ seien nicht religiös motiviert. Auch Frauen hätten eine wichtige Rolle gespielt, insbesondere in Tunesien und Ägypten. Abschließend warb Professor Bichara Khader für Unterstützung beim Aufbau einer Zivilgesellschaft in den Ländern.

III. Vortrag von Augustina Tzvetkova, stellvertretende bulgarische Verteidigungsministerin, zum Thema „Entwicklung von Integrität bei NATO-Verteidigungsinitiativen und die Auswirkungen auf die Wirtschaft“

Augustina Tzvetkova berichtete, Ausgangspunkt für die Initiativen zur Bekämpfung der Korruption im bulgarischen Verteidigungsbereich sei die NATO-Initiative „*Building Integrity*“ gewesen. Durch eine Stärkung von Transparenz und die Einführung einer Rechenschaftspflicht sollten die Risiken verringert werden. Sie betonte die Schlüsselrolle der nationalen Parlamente als Kontrollinstanz. Die drei wesentlichen Komponenten für Veränderungen seien der eindeutige politische Wille, eine klare Strategie zur Einführung eines Maßnahmenplans und eine objektive externe Evaluation als Korrektiv. Die neue Regierung habe im Juli 2009 einen ständigen Ausschuss für dieses Thema eingerichtet und im Jahr 2010 das Verfahren zur Selbsteinschätzung begonnen, das anschließend von der NATO und Transparency International überprüft wurde. Der Bericht sei inzwischen veröffentlicht worden. Augustina Tzvetkova sagte, die Beschaffung von Rüstungsmaterial sei der empfänglichste Bereich für Korruption. In der Diskussion betonte sie die erhebliche Bedeutung des Beitritts von Bulgarien zum Schengen-Raum für die weitere positive Entwicklung ihres Landes.

Auf die Frage des Abgeordneten **Petras Austrevicius** (Litauen) erklärte sie, Bulgarien habe seit 2008 eine Berufsarmee. Die Umstrukturierung der Streitkräfte und Reduzierung des Personals solle bis 2014 abgeschlossen sein. Der Abgeordnete **Tore Nordtun** (Norwegen) bat um konkrete Beispiele für die Korruption. **Augustina Tzvetkova** erklärte, bei früheren Vergaben habe es meist keine öffentlichen Ausschreibungsverfahren gegeben mit der Begründung der Vertraulichkeit und Geheimhaltung. Es seien mehrere Gerichtsverfahren anhängig, aber noch sei kein Urteil ergangen. Der Ausschussvorsitzende **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) dankte für die Offenheit. Im Hinblick auf die knappen Verteidigungshaushalte seien für alle NATO-Mitglieder Überprüfungen der eigenen Verfahren durch externe Fachleute nützlich. Er warb für eine Effizienzsteigerung und die Diversifizierung der Verteidigungsfähigkeiten.

IV. Beratung des Generalberichtsentwurfs zum Thema „Angesichts eines schwierigen finanziellen Umfelds: die Auswirkungen der Haushaltskonsolidierung auf die Wirtschaft und die Sicherheit“, vorgelegt von dem Generalberichtserstatter Abgeordneter Simon van Driel (Niederlande)

Generalberichtserstatter Abgeordneter **Simon van Driel** (Niederlande) sagte eingangs, die schwerwiegende Finanzkrise habe nach wie vor starke Auswirkungen durch steigende Defizite und Erhöhung der Staatsschulden. Diese Krise habe auch tiefreichende Probleme im europäischen Währungssystem deutlich werden lassen, eine fehlende europäische Steuerpolitik verstärke momentan die Euro-Schwäche. Bei einer Haushaltskonsolidierung stelle die Arbeitslosigkeit das schwierigste politische Problem dar. Auch Kürzungen der Verteidigungshaushalte seien unumgänglich. Damit kein strategisches Vakuum entstehe, seien multilaterale Lösungen anzustreben, um den Fähigkeitsanforderungen und Verteidigungsverpflichtungen weiterhin nachkommen zu können. Auch die britisch-französische Verteidigungs- und Sicherheitskooperation könne ein Modell für andere Länder sein. Die Parlamentarier könnten größeren politischen Druck auf die Regierungen ausüben, mehr gemeinsam zu beschaffen. Er warb für eine verstärkte Zusammenarbeit von EU und NATO.

In der Diskussion schlug der Abgeordnete **Jeppe Kofod** (Dänemark) vor, die Wirksamkeit der unterschiedlichen Geldpolitiken diesseits und jenseits des Atlantiks zu vergleichen.

V. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ zum Thema „Die Volkswirtschaften des Balkans: Regionale Blockaden, Ablenkung der europäischen Aufmerksamkeit und die weltweite Krise“, vorgelegt von dem Berichtserstatter Abgeordneter John Sewel (Vereinigtes Königreich)

Die Region habe in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht, begann der Berichtserstatter Abgeordneter **John Sewel** (Vereinigtes Königreich) seine Ausführungen. Trotzdem stünden die äußerst heterogenen Länder weiterhin vor großen Herausforderungen. Ihr weiterer politischer und wirtschaftlicher Übergang sei für den Westen von unmittelbarer Bedeutung. Langfristige Stabilität hänge von besserer Regierungsführung, mehr Rechtsstaatlichkeit, der euroatlantischen Integration sowie einer besseren Beziehung der Ethnien untereinander ab. Als zentrale Aufgaben nannte der Berichtserstatter die Lösung des Kosovo-Problems und des mazedonischen Namenskonflikts. Die Verhaftung von General Ratko Mladic werde im Berichtsentwurf noch ergänzt, ebenso die aktuelle Entwicklung in Albanien. In der Diskussion wurde über Schwierigkeiten mit dem Abkommen von Dayton gesprochen. Strukturen in Bosnien und Herzegowina, die

einst das Friedensabkommen ermöglichen, seien inzwischen ein Hemmnis für weitere Entwicklungen.

Der Abgeordnete **Michael Turner** (Vereinigte Staaten) erklärte, man habe Außenministerin Clinton ein „Dayton II“-Treffen vorgeschlagen. Viele Mitglieder sprachen sich dafür aus, die Schlussfolgerungen des Berichts direkt an die Europäische Kommission mit Blick auf die EU-Erweiterung auf dem Balkan zu übermitteln.

VI. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ zum Thema „Die Suche nach tragfähigen Lösungen für Afghanistan: Die Arbeit der internationalen Gemeinschaft zum Aufbau einer funktionierenden Wirtschaft und Gesellschaft“, vorgelegt von dem Berichtserstatter Abgeordneter Jeppe Kofod (Dänemark)

Der Berichtserstatter Abgeordneter **Jeppe Kofod** (Dänemark) erklärte, für zahlreiche Herausforderungen, vor denen Afghanistan weiterhin stehe, werde es keine militärischen Lösungen geben. Inzwischen habe sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass in der westlichen Militär- und Politikstrategie grundlegende Fehler gemacht worden seien. Über Jahre hinweg sei die Mission unterbesetzt gewesen. Das habe auch die Rückkehr der Taliban ermöglicht. Als größte Probleme des Landes nannte Jeppe Kofod Gewalt, Korruption sowie die unzureichende Infrastruktur. Die Schwierigkeit sei, dass trotz des Mangels an Sicherheit die Entwicklungshilfe entmilitarisiert werden müsse. Er sprach sich für eine stärker geschlechterbezogene Wirtschafts- und Sozialentwicklung sowie eine bessere Abstimmung der Hilfeleistungen aus. Der Landbevölkerung müsse eine Alternative zur Opiumproduktion geboten werden. Abschließend sagte er, aus seiner Sicht würde ein übereilter Rückzug eine humanitäre Katastrophe bedeuten.

In der Diskussion erklärte der Abgeordnete **Charles Tannock** (Europäisches Parlament), er vermisse einen Hinweis auf die Verlegung der Nachschubtransportwege von Pakistan nach Russland. Der Ausschussvorsitzende **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) sagte, eine politische Aussöhnung sei in Afghanistan notwendig und in einen nationalen Dialog müssten auch Teile der Taliban einbezogen werden.

Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte am Samstag, 28. Mai 2011, unter dem Vorsitz der Abgeordneten **Jo Ann Emerson** (Vereinigte Staaten).

I. Überblick über die Themen

Die Ausschussmitglieder befassten sich in ihren Beratungen mit Berichtsentwürfen zu den Themen „Information und nationale Sicherheit“, „Die Ukraine nach der Orangen Revolution“ und „Regierungsprobleme in Afghanis-

tan“. Zudem hörten die Ausschussmitglieder Vorträge von Kenneth Geers zum Thema „Von Cambridge nach Lissabon: Die Frage nach einer strategischen Sicherheit im Internet“, von Dr. Antonij Galabov zum Thema „Regionale Entwicklungen und Herausforderungen auf dem Balkan“ sowie von Professor Bichara Khader zum Thema „Jugend, Bildung und die Rolle der Medien beim demokratischen Aufstand in der arabischen Welt“.

II. Beratung des Generalberichtsentwurfs zum Thema „Information und nationale Sicherheit“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)

Der Generalberichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) stellte fest, dass die Veränderungen in der Kommunikations- und Computertechnik nicht nur politische, kulturelle und wirtschaftliche, sondern auch die nationale Sicherheit betreffende Fragen und Herausforderungen aufwerfen würden. Die wachsende Abhängigkeit von den modernen Kommunikationstechnologien mache die Staaten anfälliger für Angriffe aus dem Internet. Es stelle sich die Frage, wie Regierungen transparent agieren und zugleich effektiv ihre Bürger und wichtige nationale Interessen schützen könnten. Die NATO stehe im Informationszeitalter vor dem Dilemma, dass der notwendige Informationsaustausch der Verbündeten die Risiken der Veröffentlichung sensibler Daten erhöhe. Zurzeit arbeite die Allianz an einer umfassenden Abwehrstrategie für Angriffe aus dem Internet. Der vorliegende Bericht erörtere die veränderte Wahrnehmung von Öffentlichkeit und Vertraulichkeit in internationalen Beziehungen im Informationszeitalter, den sogenannten „digitalen (H)aktivismus“ und er beschäftige sich mit der Herausforderung durch direkte Angriffe aus dem Internet gegen Staaten und die Rolle der NATO bei der Abwehr solcher Angriffe. Des Weiteren gehe der Bericht auf das Problem der Internetkriminalität ein.

In der sich anschließenden Aussprache bestätigte Senatorin **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich), dass Angriffe aus dem Internet bereits tagtäglich vorkämen, was die Virulenz des Problems verdeutliche. Es sei zu befürchten, dass mit zunehmenden technischen Möglichkeiten vermehrt Angriffe gegen Infrastruktureinrichtungen, wie zum Beispiel Stromnetze oder Energieversorger, erfolgen könnten. Bisher hätten die meisten Staaten keine systematische Abwehrstrategie entwickelt. Frankreich habe eine nationale Sicherheitsbehörde geschaffen und diese entsprechend technisch und personell ausgestattet. Der Abgeordnete **Oleg Zarubinskyi** (Ukraine) wies darauf hin, dass es zwar den Wunsch der Öffentlichkeit nach Transparenz gebe, aber die Abwehr bestimmter Gefahren nur erfolgreich sein könne, wenn Informationen vertraulich behandelt würden. Transparenz und Sicherheit seien beides wichtige Elemente, aber sie müssten aufeinander abgestimmt werden. Der Abgeordnete **Michael Turner** (Vereinigte Staaten) wies auf das kriminelle Potenzial hin, das sich in den Angriffen aus dem Internet ausdrücke. Er sprach sich dafür aus, dass von den einzelnen Staaten deutlich mehr für die Aufdeckung und Abschre-

ckung getan werde. Die Abgeordnete **Brigitte Jonsdottir** (Island) warf die Frage auf, ab wann von einem Cyber-Angriff gesprochen werden könne. Der im Bericht genannte Fall der Internetplattform *Wikileaks* sei gerade kein solcher Angriff gewesen, denn Personen mit internen Kenntnissen hätten vertrauliche Daten an *Wikileaks* weitergeleitet. Selbst wenn es einen Konsens darüber gäbe, was geheim zu halten sei, dürfe das Recht auf Meinungsfreiheit nicht beschnitten werden. Ein russischer Abgeordneter verwahrte sich gegen die im Bericht aufgestellte Behauptung, dass bestimmte Internet-Attacken ihren Ursprung in Russland hätten. Er erklärte, dass sich die Russische Föderation vorbehaltlos dem Kampf gegen Angriffe aus dem Internet anschließe. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) wies abschließend darauf hin, dass die Urheber von Angriffen aus dem Internet bisher kaum zu identifizieren seien. Kriminelle Handlungen mit Hilfe des Internets seien jedoch nicht nur ein Problem für die NATO, sondern betreffen, wie der Cyber-Angriff auf Estland zeige, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

III. Vortrag von Kenneth Geers, US-amerikanischer Vertreter des NATO Cooperative Cyber Defense Center of Excellence, Estland, zum Thema „Von Cambridge nach Lissabon: Die Frage nach einer strategischen Sicherheit im Internet“

Kenneth Geers stellte fest, dass das Internet in der täglichen Arbeit unverzichtbar geworden sei, und dass aus diesem Grund Aspekte der Sicherung von Hard- und Software immer wichtiger würden. Allerdings sei das Internet quasi wild gewachsen und nur in Teilen strukturiert, was nicht nur weitgehend die Anonymität der Angreifer garantiere, sondern auch eine Ursache für seine Anfälligkeit gegenüber Angriffen sei. Die Sicherheitsprogramme seien oftmals nicht mehr in der Lage, die vielen unbekanntenen Einlasstore für Trojaner, *Malware* und ähnliches rechtzeitig zu schließen. Die weltweite Zusammenarbeit in der Abwehr solcher Gefahren sei der einzige Weg, wirksamen Schutz zu erlangen. Das *Cyber Defence Center* in Tallinn führe Übungen durch, wie zum Beispiel das Ausschalten eines Stromnetzes in einem Land verhindert werden könne. Bei diesen Übungen sei festgestellt worden, dass selbst Studenten relativ leicht in die Software eines solchen Netzes eindringen könnten, dass ihnen dann aber die notwendigen Kenntnisse fehlten, um das System tatsächlich auszuschalten. Der Angriff aus dem Internet auf Estland, der das Land zwei Stunden vom Internet abgeschaltet habe, zeige in aller Schärfe die Problematik. Internationale Zusammenarbeit sei nicht nur bei der Bekämpfung solcher Attacken nötig, sondern auch bei der Entwicklung technischer Standards. Die bisher vorhandenen minimalen Standards, sowohl technischer als auch personeller Art, müssten daher dringend verbessert werden. Während zur Jahrtausendwende das Wort „Cyber“ in NATO-Berichten nicht vorgekommen sei, habe sich dies heute gewandelt. Die NATO habe erkannt, dass Cyber-Attacken für sie eine vorrangig zu bekämpfende Bedrohung darstellten.

In der anschließenden Diskussion waren sich Abgeordnete aus Litauen, den Niederlanden und Russland einig, dass eine internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von *Cyber*-Attacks unumgänglich sei. **Kenneth Geers** betonte abschließend, dass er in der internationalen Zusammenarbeit den Schlüssel für eine erfolgreiche Abwehr von Angriffen aus dem Internet sehe. Der sogenannte *Cyber*-Raum sei größer als jedes Land. Um diesen Raum zu verstehen, seien mehr Institutionen und mehr Fachleute notwendig, als bisher zur Verfügung stünden. Ein kritischer Punkt sei die Anonymität der Angreifer, die sie vor Entdeckung und Strafverfolgung schütze. Dies mache Gegenangriffe kaum möglich, und wenn, dann könnten sie nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand erfolgen.

IV. Vortrag von Dr. Antonij Galabov, Leiter der Abteilung für politische Wissenschaften der Neuen Bulgarischen Universität, zum Thema „Regionale Entwicklungen und Herausforderungen auf dem Balkan“

Dr. Antonij Galabov zeichnete in seinem Vortrag das Bild des Balkans als einer Region, der es bisher nicht gelungen sei, erfolgreich zusammenzuwachsen. Es mangle nicht nur an einem intensiven politischen Austausch, sondern auch die überregionale wirtschaftliche Entwicklung weise auf Mängel in der Zusammenarbeit hin. Die daraus resultierende Rechtsunsicherheit und die fehlende überregionale Infrastruktur schreckten ausländische Investoren ab. Er sehe in der NATO den einzigen globalen Akteur, der kurzfristig die Zusammenarbeit fördern könne. Zudem sei die Balkanregion durch eine hohe Landflucht gekennzeichnet; Korruption und Organisierte Kriminalität verunsicherten und frustrierten die Menschen. Insbesondere viele jungen Menschen suchten ihre Zukunft außerhalb der Region. Die Legitimität der öffentlichen Institutionen sei gering und das Misstrauen ihnen gegenüber wachse. Eine Zivilgesellschaft habe sich bisher nur in Ansätzen herausgebildet und vorhandene Organisationen konzentrierten sich in ihrer Arbeit zum Beispiel auf die Verteidigung von Minderheitenrechten. Nur durch eine intensive Förderung von Bildung und Wissenschaft und durch die Schaffung von Arbeitsplätzen könne dieser Trend aufgehalten werden.

Der Abgeordnete **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) erklärte, dass er mit dem gezeichneten düsteren Bild nicht einverstanden sei. Er wolle wissen, welche Rolle der EU zugemessen und was von der NATO erwartet werde. Die Senatorin **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) wies auf die Bedeutung der Zusammenarbeit für die regionale Entwicklung hin. Sie sehe aber auch beim Ausbau des Dialogs zwischen Belgrad und Priština noch erheblichen Nachholbedarf. **Dr. Antonij Galabov** antwortete, er sehe die Entwicklung in der Region zwar skeptisch, aber nicht düster. Er stelle zudem eine gewisse Europamüdigkeit auf dem Balkan fest, die ihre Ursache auch in enttäuschten Erwartungen an die EU habe. Die Menschen stünden darum auch einem schnellen europäischen Erweiterungsprozess skeptisch gegenüber. Eine Änderung in dieser Haltung sei nur zu erwarten, wenn die zukünftige Ent-

wicklung den Menschen eine sowohl ökonomische als auch soziale Perspektive im eigenen Land biete.

V. Vortrag von Professor Bichara Khader, Direktor des Zentrums für arabische Studien und Forschung (CERMAC) und Professor an der Fakultät für politische, wirtschaftliche und soziale Wissenschaften an der Katholischen Universität Leuven (Belgien) zum Thema „Jugend, Bildung und die Rolle der Medien beim demokratischen Aufstand in der arabischen Welt“

Professor Bichara Khader stellte fest, dass die jungen Menschen – unter ihnen viele gut ausgebildete, junge Frauen – die tragende Säule des Arabischen Frühlings gewesen seien. Für den Aufstand gebe es zwei maßgebliche Gründe: die demografische Entwicklung und die fehlenden sozioökonomischen Perspektiven der jungen Menschen. 50 Prozent der Bevölkerung im arabischen Raum seien jünger als 25 Jahre; trotzdem würden die Länder von Regimen beherrscht, deren Führung vor langer Zeit an die Macht gekommen sei. 82 Prozent der Libyer hätten nie einen anderen Machthaber als Muammar al-Gaddafi kennengelernt; ähnliches gelte für Hosni Mubarak in Ägypten. Viele junge Menschen seien zwar gut ausgebildet, fänden aber keinen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz im Land. Nur wenige Akademiker hätten eine adäquate Arbeitsstelle gefunden und viele davon verdienten oftmals sehr wenig. Diese schlechte ökonomische Situation habe zu einem signifikanten Anstieg des Heiratsalters in Tunesien und Algerien – sowohl bei Männern als auch bei Frauen – geführt. Jeder zweite dieser jungen Menschen sei noch Single und wohne aufgrund des geringen Einkommens bei seinen Eltern. Die Arbeitsmarktsituation führe zudem dazu, dass viele junge Menschen illegal oder legal auswanderten. Diese politische und ökonomische Frustration habe zu dem Wunsch nach Veränderung und letztlich zum Aufstand geführt. Unterstützung bei der Organisation des Aufstandes hätten die jungen Menschen durch das Internet und soziale Netzwerke wie *Facebook* und *Twitter*, aber auch beim arabischen Fernsehsender *Al Jazeera* gefunden. Insbesondere dieser in Katar ansässige Sender habe durch die Übertragung der Ereignisse eine Schlüsselrolle gespielt. Die Kommentierung auf Arabisch habe die Authentizität der Ereignisse noch deutlicher gemacht und ein bisher nicht gekanntes Gemeinschaftsgefühl entstehen lassen. Die Jugend und das Fernsehen hätten die Revolution weiter getragen und so für 350 Millionen Araber erfahrbar gemacht. Die elektronischen Netzwerke hätten zudem einen Raum geschaffen, in dem die Menschen von Beobachtern zu Akteuren hätten werden können. Dies könne auch als eine neue Form von *Empowerment* gewertet werden. Dass diese Dynamik nicht in allen arabischen Ländern gleich verlaufe, sei lokalen Besonderheiten geschuldet. Trotzdem sei er der Überzeugung, dass sich das Rad der Geschichte nicht mehr zurückdrehen lasse und sich die Erfahrungen in Tunesien und Ägypten auch auf andere arabische Staaten – wie bereits erkennbar – auswirken würden.

Die Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) dankte für die fundierte Analyse der Ereignisse in der arabischen Welt und sprach sich dafür aus, aktiv die sozialen Bewegungen zu unterstützen. Besonders wichtig seien der Aufbau ziviler Institutionen sowie Investitionen in die Kultur- und Bildungspolitik. Es komme jetzt darauf an, den jungen Menschen eine Perspektive zu geben, denn es bestehe die Gefahr, dass sich die Bewegung radikalisiere. Sie fragte, wie für Libyen eine nichtmilitärische Lösung gefunden werden könne. Abgeordneter **Ivan Zayets** (Ukraine) fragte, welche Rolle die Kleriker bei den Ereignissen gespielt hätten. Ein italienischer Abgeordneter wies auf mögliche Risiken hin, denen der Arabische Frühling ausgesetzt sei: zum Beispiel die Rückkehr der alten Regime durch Wahlen, die Erstarkung islamistischer Parteien oder die Radikalisierung der Bewegung, weil die erkämpfte Demokratie nicht zu einer Verbesserung der ökonomischen Lage geführt habe. Eine schwedische Abgeordnete bedauerte, dass Europa noch keine adäquate Haltung zu den Ereignissen im arabischen Raum gefunden habe. Sie könne die Enttäuschung der Menschen über die zögerliche Haltung Europas nachvollziehen. **Professor Bichara Kader** bestätigte, dass die Menschen in der arabischen Welt über Europa enttäuscht seien. Aus Gründen der Realpolitik habe Europa die alten Systeme unterstützt, weil diese versprochen hätten, gegen den internationalen Terrorismus und die illegale Migration nach Europa vorzugehen. Europa müsse jetzt das verlorene Vertrauen zurückgewinnen. Hierzu gehöre, dass Europa sich in seiner zukünftigen Politik an den Werten orientiere, die es von anderen einfordere. Dazu gehöre auch der Respekt und die Achtung vor der arabischen Welt und deren Anerkennung als geopolitischer Akteur.

VI. Beratung des Sonderberichts Entwurfs zum Thema „Regierungsprobleme in Afghanistan: Die aktuelle Lage“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Abgeordneter Vitalino Canas (Portugal), vorgestellt von dem Abgeordneten Marc Angel (Luxemburg)

Der Abgeordnete **Marc Angel** (Luxemburg) verwies darauf, dass der Sonderbericht des Ausschusses zur Lage in Afghanistan aus dem letzten Jahr die anhaltende Fragilität der Sicherheitssituation in dem Land sowie die immense Herausforderung gezeigt habe, vor der Afghanistan bei der Schaffung dauerhafter Regierungsstrukturen stehe. Der jetzt vorliegende Bericht, der denjenigen aus dem letzten Jahr fortgeschrieben, gebe einen Überblick über aktuelle Herausforderungen für die Regierungsführung in Afghanistan. Er befasse sich mit den Bereichen Justiz sowie Bekämpfung der Korruption und des Drogenhandels und enthalte darüber hinaus Kapitel über die Zusammensetzung des neuen afghanischen Parlaments, über die politischen Parteien sowie über die die Regierung unterstützenden zivilgesellschaftlichen Organisationen. Der Bericht unterbreite des Weiteren Empfehlungen, die der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft bei der Verbesserung der Regierungsführung hel-

fen und einen reibungslosen Übergang zur vollen Eigenverantwortung Afghanistans sichern sollten. Der Bericht komme zu dem Schluss, dass die Befriedung Afghanistans ein sehr langwieriger Prozess sein werde. Für den Aufbau nachhaltiger und dauerhaft stabiler Strukturen sei ein langfristiges Engagement unterstützt von einer Strategie zur Verbesserung der afghanischen Regierungsführung auf allen Ebenen erforderlich. Dazu gehöre auch die Einbeziehung und Stärkung lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Lord Jopling (Vereinigtes Königreich) bat darum, im Bericht verstärkt auf die Entwicklung der Polizeiausbildung in Afghanistan einzugehen. Aus einem Bericht, der im britischen Unterhaus diskutiert worden sei, sei hervorgegangen, dass im Hinblick auf die Polizeiausbildung Rückschritte zu verzeichnen seien.

VII. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ zum Thema „Die Ukraine nach der Orangen Revolution: Interne Dynamiken und außenpolitische Prioritäten“ von dem Berichterstatter Senator Lucio Malan (Italien)

Der Berichterstatter Senator **Lucio Malan** (Italien) stellte fest, dass die Ukraine mit der erneuten Wahl von Wiktor Janukowitsch zum Staatspräsident im Februar 2010 – durch eine (auch von Beobachtern der NATO PV) als frei und fair bezeichnete Wahl – in eine neue „post-orangene“ Phase ihrer Entwicklung eingetreten sei. Die demokratische und nichtrevolutionäre Machtübertragung an die Opposition könne als die größte Errungenschaft der Orangen Revolution und als ein entscheidender Schritt in Richtung zu einer Demokratie angesehen werden. Es komme jetzt auf die Entschlossenheit des Staatspräsidenten und der Regierung an, den demokratischen Prozess beizubehalten und davon abzusehen, die Regeln des „politischen Spiels“ zu ändern. Insbesondere auf dem Gebiet der demokratischen Rechte und Grundfreiheiten seien Fragen im Hinblick auf die demokratische Glaubwürdigkeit der neuen Regierung aufgetaucht. Eine Reihe von Beobachtern hätten berichtet, dass das Land bei einigen demokratischen Errungenschaften seit der Orangen Revolution Rückschritte gemacht habe. Der vorliegende Bericht beurteile die Leistung der neuen ukrainischen Regierung und konzentriere sich dabei auf die Änderungen in ihrer außenpolitischen Strategie und auf ihre Leistungen auf dem Gebiet der demokratischen Rechte und Grundfreiheiten.

Insbesondere von ukrainischen Abgeordneten wurde in der anschließenden Aussprache heftige Kritik an einzelnen Punkten des Berichts geübt und auf eine Richtigstellung gedrungen. Senator **Lucio Malan** (Italien) kündigte an, dass der Ausschuss nach Kiew reisen werde. Er hoffe, auf Grundlage dort gewonnener Eindrücke die entsprechenden Aussagen im Bericht entweder bestätigen oder widerlegen zu können.

Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am Sonntag, 29. Mai 2011, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen).

Im Zentrum der Beratungen des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie standen die Themen: Sichere Energieversorgung aus bulgarischer Sicht, Antiterrormaßnahmen in Afghanistan, sichere Versorgung mit Wasser und Nahrung, Abwehr biologischer und chemischer Bedrohungen, Fukushima-Katastrophe und Atomstrom nach Fukushima.

I. Vortrag des bulgarischen Ministers für Wirtschaft, Energie und Tourismus Traycho Traykov zum Thema „Energiesicherheit aus bulgarischer Perspektive“

Zur Energiesicherheit Bulgariens erinnerte Minister **Traycho Traykov** zunächst an die negativen Erfahrungen, die sein Land 2009 habe machen müssen, als Bulgarien wegen der Spannungen zwischen Russland und der Ukraine unter der Energieverknappung habe leiden müssen. Deshalb strebe Bulgarien neue Versorgungswege und eine besserer Nutzung heimischer Energiequellen an. Dabei müsse Bulgarien seine große Abhängigkeit von der Kohle überwinden, seine Energieeffizienz steigern und sowohl in Atomkraft als auch in Erneuerbare investieren. Bis 2020 wolle man die Energieerzeugung zu 16 Prozent aus Erneuerbaren bestreiten.

In der anschließenden Diskussion erkundigte sich der Vorsitzende Abgeordneter **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen), welche Energieoptionen Bulgarien habe, und unterstrich die energiepolitischen Auswirkungen der Reaktor-katastrophe von Fukushima in vielen europäischen Ländern – Deutschland habe sogar den kompletten Atom-ausstieg beschlossen. Minister **Traycho Traykov** erläuterte, dass die Energienetze, Wind- und Solarenergie ausgebaut werden sollten. Dafür müssten die konkurrenzlos günstigen Strompreise in Bulgarien sicher leicht angehoben werden. Abgeordneter **Andrius Mazuronis** (Litauen) zeigte sich besorgt über Pläne Weißrusslands, in unmittelbarer Nähe zu Litauen ein Atomkraftwerk zu bauen. Minister **Traycho Traykov** teilte diese Bedenken und hätte es begrüßt, wenn die EU-Anrainerstaaten in den Stresstest der EU mit einbezogen worden wären.

II. Beratung des Sonderberichtsentswurfs zum Thema „Bekämpfung des Aufstands in Afghanistan: Low-Tech-Gefahren, High-Tech-Lösungen“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Senator Pierre Claude Nolin (Kanada)

Der Sonderberichterstatter Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) stellte seinen Sonderbericht zu den unkonventionellen Sprengfallen (IED) und dem Einsatz unbemannter Systeme vor. Von den Verletzten und getöteten Einsatzkräften in Afghanistan seien 60 Prozent durch diese unkonventionellen Sprengfallen zu Schaden gekommen.

Allein im Jahr 2010 seien 7 800 Sicherheitskräfte durch IEDs verletzt, 368 getötet worden. Diese Sprengfallen seien mit sehr einfachen Mitteln in großer Menge herstellbar. Beim Aufspüren und Zerstören der IEDs würden zunehmend Roboter und Drohnen eingesetzt. Immer breitere Verwendung fänden die unbemannten Flugkörper auch bei Logistik und medizinischer Versorgung. Der Einsatz bewaffneter Drohnen oder Roboter sei jedoch in der internationalen Staatengemeinschaft umstritten und werfe zahlreiche rechtliche und ethische Fragen auf. Weltweit halte Robotertechnik bei den Armeen Einzug, die Zahl der Herstellerländer habe sich inzwischen auf 50, die Zahl der eingesetzten Roboter auf 6 000 erhöht. Das liege in allererster Linie daran, dass unbemannte Flugzeuge keine Besatzung erforderten, im Vergleich zu Kampfflugzeugen preiswert seien und eine viel längere Flugdauer hätten. Als der amerikanische Geheimdienst CIA – unabhängig von der ISAF-Mission in Pakistan – Drohnenangriffe geflogen habe, seien daraus diplomatische Spannungen zwischen den USA und Pakistan erwachsen. Deshalb plädierte Sonderberichterstatter Senator Nolin für eine – auch unter ethischen Gesichtspunkten – gründliche Bewertung des Einsatzes dieser neuen Militär-technologie.

In der anschließenden Diskussion fragte der Abgeordnete **Jürgen Hardt** (Deutschland), ob sich die Zündvorrichtungen der IEDs nicht durch elektrische Pulse aus der Ferne deaktivieren ließen. Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) erwiderte, es sei schwierig elektronische Gegenmittel einzusetzen, weil sie mit den Datennetzwerken der Verbündeten interferierten. Der Abgeordnete **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen) fragte skeptisch, wie denn die Herzen der afghanischen Bevölkerung gewonnen werden könnten, wenn ihre Häuser beim Zerstören der IEDs beschädigt würden. Der Sonderberichterstatter entgegnete, dass die Taliban ganz gezielt Häuser von Zivilisten mit IEDs spickten. Die betroffenen Dörfer würden zunächst evakuiert, anschließend würden die massiv mit IEDs versetzten Häuser kontrolliert gesprengt; die Zivilbevölkerung erhalte dafür Entschädigungen.

III. Beratung des Berichtsentswurfs des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit“ zum Thema „Eine gesicherte Nahrungsmittel- und Wasserversorgung: Die Auswirkungen auf die euro-atlantische Sicherheit“, vorgelegt von dem Berichterstatter Philippe Vitel (Frankreich)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich) leitete seine Ausführungen mit dem Hinweis ein, dass Versorgungssicherheit mit Nahrung und Wasser eng mit politischer Sicherheit verknüpft sei und erinnerte an die Unruhen in über 30 Ländern als Folge der weltweiten Lebensmittelkrise im Jahr 2008. Mit seinem Bericht – so Vitel weiter – wolle er die vergangenen und aktuellen Entwicklungen auf dem Ernährungssektor skizzieren. In den früheren Jahrhunderten habe ein reiches Nahrungsangebot zu einem Bevölkerungszuwachs geführt, inzwischen sei die Nachfrage nach Lebensmitteln so explodiert, dass die Erzeugung damit nicht habe Schritt halten

können. Der wirtschaftliche Aufschwung in weiten Teilen der Erde habe zu einer rasant wachsenden Fleischerzeugung, die äußerst energie- und rohstoffintensiv sei, geführt. Biokraftstoff führe ebenfalls zu einer Verknappung auf dem Getreidesektor; die Expertenschätzungen des durch die Biospritproduktion verursachten Preisanstiegs bei Getreide lägen zwischen 8 und 70 Prozent. Etwa 700 Millionen Menschen litten unter Wasserknappheit, über 3,5 Milliarden seien nicht ausreichend mit Trinkwasser versorgt, darunter auch Menschen aus Europa oder dem Südwesten der USA. Die von vielen befürwortete Meerwasserentsalzung als Lösung des Trinkwasserproblems bezeichnete der Berichterstatter als teuer und äußerst energieintensiv. Technischer Fortschritt bei der Lebensmittelerzeugung allein biete keine Lösung für die Ernährung, auch politisch müsse regional und international kooperiert werden, verliefen doch viele Flüsse und Wasserreservoirs durch zahlreiche Länder. Optimistisch stimmten Vitel die über 300 regional und international geschlossenen Verträge zur Nutzung von Wasser und Wasserstraßen.

IV. Vortrag von Professor Joachim von Braun, Leiter des Zentrums für Entwicklungsforschung an der Universität Bonn zum Thema „Ernährungssicherheit: die erforderlichen kurz- und langfristigen Maßnahmen“

Auf der Basis einer detaillierten, statistisch unterlegten Analyse der Nahrungsmittel- und Bevölkerungsentwicklung plädierte **Professor Joachim von Braun** für massive Investitionen auf dem Agrarsektor, wie zum Beispiel Pflanzenzucht und Biotechnologie. Damit könnten Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung zugleich effizient gefördert werden, 280 Millionen Menschen könnten so innerhalb eines Jahrzehnts aus der Armut herausgeführt werden. Nachdrücklich setzte sich Professor Joachim von Braun für einen Subventionsstopp für Biosprit ein. Die Biokraftstoffproduktion müsse so justiert werden, dass die Getreidepreise stabil blieben, d. h. in Krisenzeiten müsse die Produktion zurückgefahren oder gänzlich eingestellt werden. Schließlich forderte Professor Joachim von Braun eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, ob es ethisch vertretbar sei, zur Kraftstoffgewinnung Agrarprodukte zu verbrennen. Die Ärmsten dieser Welt müssten die Hälfte ihres Lohns für Lebensmittel aufbringen. Werde Biosprit weiter subventioniert, treffe das diese Menschen am meisten.

Bei der anschließenden verbundenen Debatte fragte **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich), ob die Prognose Professor Joachim von Brauns zur Ernährungssicherheit nicht allzu pessimistisch sei, zumal die Gentechnik riesige Produktivitätsfortschritte erwarten lasse. **Professor Joachim von Braun** stimmte mit Lord Jopling darin überein, dass davon ein Effizienzzuwachs zu erwarten sei, gab jedoch zu bedenken, dass etwa 70 Prozent der Agrarbetriebe weniger als zwei Hektar Anbaufläche zur Verfügung hätten. Der Abgeordnete **Philippe Vitel** (Frankreich) plädierte für die Schaffung größerer, wirtschaftlicherer Agrarbetriebe und die Verbesserung der

traditionellen Anbau- und Pflanzenzuchtmethoden als Ergänzung zur Gentechnik. Abgeordneter **Nikolaj Kowalew** (Russische Föderation) verwies auf eine Studie, die einen Zusammenhang zwischen dem Nahrungsmittelpreisanstieg und der Erderwärmung herstelle, und vermisste einen Hinweis auf das Kyoto-Protokoll im Bericht. Der Abgeordnete **Philippe Vitel** (Frankreich) sagte zu, dem Bericht bis zur Jahrestagung ein Kyoto-Kapitel hinzuzufügen und bestätigte die desaströsen Auswirkungen des Klimawandels auf die Nahrungsmittelproduktion. Spekulationen auf dem Nahrungsmittelsektor – so **Professor Joachim von Braun** – seien nicht *per se* schädlich, unter Umständen könnten sie sogar Geld dorthin locken, wo es zur Nahrungsproduktion gebraucht werde. Allerdings müssten die negativen Folgen der Spekulation begrenzt werden. In Krisenzeiten seien auch Exportbeschränkungen abträglich. Subventionierungen, Quoten, Biosprit, all' das müsse auf den Prüfstand.

V. Beratung des Generalberichtsentwurfs zum Thema „Abwehr biologischer und chemischer Gefahren und Bedrohungen: der Weg in die Zukunft“ vorgelegt von dem Berichterstatter Abgeordneter David Scott (Vereinigte Staaten)

Den abwesenden Berichterstatter vertrat Abgeordneter **Mario Tagarinski** (Bulgarien). Einleitend bemerkte der Abgeordnete Tagarinski, der 11. September 2001 habe gezeigt, dass es keiner Massenvernichtungswaffen bedürft habe, um in einem Terrorakt tausende von Menschen zu töten. Gleichwohl hätten Terrornetzwerke großes Interesse daran, in den Besitz dieser Waffen zu gelangen. Zwar sei die Besorgnis über die nordkoreanischen und iranischen Nuklearprogramme groß, aber ein Terrorakt mit biologischen oder chemischen Waffen sei wahrscheinlicher. Bereits heute – so der Berichterstatter weiter – gebe es strikte internationale Regelwerke zum Verbot chemischer und biologischer Waffen, die auch in den vergangenen 20 Jahren nicht zum Einsatz gekommen seien. Das geltende Übereinkommen über das Verbot biologischer Waffen (BWÜ) sei von 32 Staaten nicht ratifiziert worden. Dagegen sei das Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ) weitaus erfolgreicher, viele Länder hätten ihre Vorräte vernichtet; auch die neue irakische Regierung habe sich dazu verpflichtet. In Libyen gebe es noch Restbestände von Senfgas, dank der internationalen Bemühungen habe Libyen jedoch sein Programm zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen eingestellt. Die Gefahr eines biologischen oder chemischen Anschlags bestehe nach wie vor; schon ein einziger Wissenschaftler, der sich Terrorgruppen anschließe, genüge. Bislang sei nichts dergleichen geschehen, weil die BC-Waffen schwer zu handhaben seien. Wenn die internationale Staatengemeinschaft weiter auf allen Ebenen der Biotechnologie kooperiere, dann sei das Risiko beherrschbar.

In der nachfolgenden Diskussion gab es aus den Reihen der Ausschussmitglieder zahlreiche Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zu einzelnen Textpassagen. Für den Jahresbericht wurde vereinbart, dass zusätzliche Informa-

tionen zu Libyens Arsenal dort einfließen sollten. Die Abgeordnete **Jo Ann Emerson** (Vereinigte Staaten) berichtete von Messstationen zum Detektieren von Stoffen in der Atmosphäre; in New York City habe man ca. 20 derartige Systeme installiert.

VI. Vortrag von William C. Ramsay, Vize-Direktor der Internationalen Energie-Agentur, Direktor des Energieprogramms beim Institut français des relations internationales (Französisches Institut für internationale Beziehungen), zum Thema „Atomstrom nach Fukushima“

William C. Ramsay wies zunächst darauf hin, dass sich infolge des Reaktorunglücks in Japan eine Stromversorgungslücke von 12 Gigawatt aufgetan habe. Die den Fukushima-Reaktor betreibende Firma TEPCO versuche die Lücke mit fossilen Brennstoffen zu schließen. Gebe es in Japan jedoch einen sehr heißen Sommer, dann könne es zu Engpässen bei der Elektrizität kommen, was nur durch Rationierungsmaßnahmen aufzufangen sei. Weltweit gebe es 14 000 Kernreaktoren mit Laufzeiten von über 30 Jahren. In dieser Zeit sei es zu drei gravierenden Zwischenfällen gekommen, die zwar verheerende Auswirkungen gehabt hätten, jedoch nicht widerlegten, dass Atomstrom eine relativ sichere Energiequelle darstelle. Jetzt auf erneuerbare Energien umzusatteln, würde bedeuten, weltweit 850 000 Windräder oder das 65-fache an Solaranlagen zu installieren. Gas als Energielieferant werde in der Übergangsphase zu den Erneuerbaren an Bedeutung gewinnen – mit all' den Konsequenzen für den Umweltschutz.

Die Ausschussmitglieder gingen der Frage nach, warum sich Terroristen Nuklearwaffen beschaffen sollten, wenn sie ihr Ziel viel schneller erreichten, indem sie Flugzeuge in Atomkraftwerke steuerten. Unter umweltpolitischen Aspekten sprachen sich viele Ausschussmitglieder für die Beibehaltung der Kernenergie aus, zumal es bislang keine effiziente Alternative gebe.

VII. Zukünftige Aktivitäten

Für das zweite Halbjahr 2011 plante der Ausschuss einen Besuch in Kanada, wo sich die Mitglieder u. a. über unkonventionelle Öl- und Gasgewinnung informieren wollten, und in Spanien, um sich dort beim Exzellenzzentrum für Maßnahmen zur Abwehr von unkonventionellen Sprengfällen auf den neuesten Stand setzen zu lassen.

Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss (NRPC)

Der Ständige Parlamentarische NATO-Russland-Ausschuss tagte am Freitag, 27. Mai 2011, unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland).

I. Überblick über die Themen

Auf der Tagesordnung standen Vorträge und Diskussionen zum Thema der Kooperation zwischen der NATO

und der Russischen Föderation nach dem NATO-Gipfel in Lissabon im November 2010.

II. Vortrag des bulgarischen Botschafters bei der NATO, Todor Churov

Vom NATO-Gipfel in Lissabon, so Botschafter **Todor Churov**, sei erfreulicherweise das Signal ausgegangen, dass die NATO und die Russische Föderation ihre Zusammenarbeit im Interesse einer einheitlichen europäischen Sicherheitspolitik vertiefen wollten. Der NATO-Russland-Rat habe nachfolgend seine Tätigkeit in allen Arbeitsbereichen wieder aufgenommen. Bei der Terrorismusbekämpfung, der Katastrophenvorsorge, der Drogenbekämpfung und der Grenzkontrolle seien bereits Ergebnisse erzielt worden. Für den Einsatz der NATO in Afghanistan leiste Russland durch die Gewährung von Transitwegen für zivile Güter und durch die Beteiligung an der Ausbildung der afghanischen Armee wertvolle Unterstützung. Unterschiedliche Auffassungen zwischen der NATO und Russland gebe es insbesondere noch beim Umgang mit konventionellen Waffen und bei der Raketenabwehr. Im Bereich der konventionellen Waffen sei viel Kraft in Vertragsverhandlungen investiert worden, die Ergebnisse seien aber bisher nicht umgesetzt worden. Im Hinblick auf die Raketenabwehr strebe die NATO an, zusammen mit Russland zwei selbstständige, aber eng verknüpfte Raketenabwehrsysteme zu entwickeln. Das Raketenabwehrsystem der NATO solle im Wesentlichen auf einem US-amerikanischen System beruhen, das für die NATO-Mitgliedstaaten angepasst werde. Entscheidend sei, dass das gesamte NATO-Gebiet durch das Abwehrsystem geschützt werde. Der Botschafter drückte die Hoffnung aus, dass die Zusammenarbeit mit Russland im Rahmen einer neu geschaffenen Arbeitsgruppe zur Raketenabwehr zu mehr gegenseitigem Verständnis und zur Interoperabilität der beiden Systeme führen werde.

II. Vortrag des Botschafters der Russischen Föderation bei der NATO und Sondergesandten für die Zusammenarbeit mit der NATO beim Thema Raketenabwehr, Dmitri Rogosin

Botschafter **Dmitri Rogosin** ging in seinem Vortrag vor allem auf die geplante Entwicklung eines Raketenabwehrsystems ein. Dies sei eine ideologische, militärische und technologische Grundsatzfrage für die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland, an der sich entscheiden werde, ob der Kalte Krieg überwunden sei und eine neue strategische Partnerschaft begründet werden könne. Russland betrachte sich als europäisches Land und wolle an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur mitarbeiten. Insofern werde den Beschlüssen des NATO-Gipfels in Lissabon große Bedeutung zugemessen. Nach wie vor zweifle Russland aber an einer realen Bedrohung, die die Stationierung eines Raketenabwehrschirms erforderlich mache. So verfüge der Iran nicht über die Fähigkeiten zur Entwicklung von Interkontinentalraketen. Diese Fähigkeiten hätten weltweit nur fünf Staaten, nämlich die Vereinigten Staaten, die Russi-

sche Föderation, China, das Vereinigte Königreich und Frankreich. Angesichts der Tatsache, dass die NATO Russland eingeladen habe, sich an der Entwicklung eines Raketenabwehrsystems zu beteiligen, sei Russland nun erstaunt darüber, dass die NATO von der Entwicklung zweier unabhängiger Systeme ausgehe. Da die europäischen Staaten zur Entwicklung eines Raketenabwehrsystems nicht in der Lage seien, handele es sich außerdem faktisch um die Stationierung eines US-amerikanischen Systems in Europa. Zudem irritiere es Russland nach wie vor, dass die Abfangfähigkeit des Systems Nordeuropa bis in die Nähe der russischen Grenze umfassen solle, während die Bedrohung doch erklärtermaßen aus dem Süden komme. Der Botschafter forderte rechtlich bindende Garantien dafür, dass das Raketenabwehrsystem sich nicht gegen russisches Territorium richte. Er betonte, Russland sei durchaus in der Lage, ein eigenes Raketenabwehrsystem zu entwickeln, wies aber auf potentielle Sicherheitsrisiken durch zwei konkurrierende Systeme in Europa hin. Im Sinne einer gemeinsamen europäischen Sicherheit sei ein einheitliches System die bessere Lösung.

In der nachfolgenden Debatte wies der Abgeordnete **Loïc Bouvard** (Frankreich) auf die sehr unterschiedlichen Sichtweisen der NATO und Russlands beim Thema Raketenabwehr hin. Vor allem die osteuropäischen NATO-Mitgliedstaaten hegten nach wie vor großes Misstrauen gegen Russland und wollten ihre territoriale Verteidigung nicht von russischem Einfluss abhängig machen. Der Abgeordnete **Victor Ozerov** (Russische Föderation) forderte die NATO auf, auch auf die berechtigten Bedenken Russlands einzugehen. Botschafter **Dmitri Rogosin** drückte seine Hoffnung aus, dass die bestehenden Meinungsverschiedenheiten ausgeräumt werden könnten. Allerdings handele es sich beim geplanten Raketenabwehrschirm nicht nur um eine Verteidigungs-, sondern gleichzeitig um eine hochpräzise Angriffswaffe, die Ziele am Boden erreichen könne. Russland wolle dieses System daher nicht vor der eigenen Haustür haben. Auch die Mitgliedstaaten der NATO seien in dieser Frage nicht alle einer Meinung. Botschafter **Todor Churov** betonte, auf dem Gipfel in Lissabon hätten alle 28 NATO-Mitgliedstaaten der Errichtung des Raketenabwehrschirms zugestimmt.

Mehrere Mitglieder der Delegation des Vereinigten Königreichs äußerten Kritik daran, dass der russische NATO-Botschafter in seinem Vortrag nicht auf den anhaltenden Konflikt Russlands mit Georgien um die Souveränität Abchasiens und Südossetiens eingegangen sei. Die Abgeordnete **Lubov Sliska** (Russische Föderation) erwiderte, das Thema Kaukasus solle auf die Tagesordnung einer zukünftigen Sitzung des Parlamentarischen NATO-Russland-Ausschusses gesetzt werden. Ihr Land sei nicht an einem neuen Kalten Krieg interessiert. Der Präsident der Versammlung, Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers**, wies darauf hin, dass die Versammlung keine Vertreter aus Abchasien und Südossetien einladen könne, da die NATO-Mitgliedstaaten die staatliche Souveränität dieser beiden Gebiete nicht anerkannt hätten.

Der Abgeordnete **Sir Menzies Campbell** (Vereinigtes Königreich) und Senator **Sergio De Gregorio** (Italien) bezweifelten die Aussage, der Iran verfüge nicht über die Fähigkeiten, europäisches Territorium anzugreifen, und hielten den Iran sowohl konventionell als auch nuklear für eine Bedrohung.

Auf die Frage des Abgeordneten **Petras Austrevicius** (Litauen) zum Umgang mit taktischen Nuklearwaffen erwiderte Botschafter **Dmitri Rogosin**, die Vereinigten Staaten hätten ihre Nuklearwaffen in ganz Europa stationiert. Zwar verfüge auch Russland über Nuklearwaffen, habe diese aber deaktiviert. Erst wenn auch die Vereinigten Staaten zu diesem Schritt bereit seien, werde Russland über weitere Abrüstungsschritte verhandeln.

Die Abgeordnete **Marit Nybakk** (Norwegen) erkundigte sich nach der Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland bei der Terrorabwehr. Botschafter **Dmitri Rogosin** bezeichnete die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet als erfolgreich. So werde im Juli 2011 in Sotschi ein NATO-Russland-Treffen zu Fragen der technischen Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung, insbesondere im Hinblick auf die Lokalisierung und Neutralisierung von Selbstmordattentätern, stattfinden. Russland erkenne an, dass aus Afghanistan eine weltweite Terrorgefahr ausgehe, und unterstütze deshalb den NATO-Einsatz dort.

Der Abgeordnete **Assen Agov** (Bulgarien) drückte seine Besorgnis darüber aus, dass Russland offensichtlich eine Militärbasis in der Schwarzmeerregion aufbaue und dort Raketen stationiere. Er betonte die Bedeutung der Weitergeltung des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag). Botschafter **Todor Churov** ergänzte, eine mögliche inhaltliche Verknüpfung der Fortgeltung des KSE-Vertrages mit Fragen der Raketenabwehr durch Russland hielte er für sehr kontraproduktiv.

Plenarsitzung

Am Montag, 30. Mai 2011, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland), die Plenarsitzung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung legten die Delegierten eine Schweigeminute zum Gedenken an die in Afghanistan und bei anderen NATO-Einsätzen gefallenen Soldatinnen und Soldaten ein.

I. Ansprache des Präsidenten der NATO PV, Dr. Karl A. Lamers (Deutschland)

Der Präsident der Versammlung, Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers**, begann mit seinen Leitprinzipien: Dialog, Zusammenarbeit und Kommunikation innerhalb des Bündnisses. Als Schwerpunktthemen sah er die gemeinsame Verteidigung, die Einsätze in Afghanistan, das Verhältnis zu und die Zusammenarbeit mit Russland, *Cyber Security*, den Hohen Norden, die Umsetzung des neuen Strategischen Konzepts, Menschenrechte sowie Kommunikation. Die Welt verändere sich immer schneller und mit dem Arabischen Frühling habe es im letzten halben Jahr wieder unerwartete Entwicklungen gegeben. Inzwischen bildeten sich neue Regierungen in einigen dieser

Länder. Aus seiner Sicht habe die NATO PV die Chance, aber auch die Pflicht, bei Bedarf zu helfen. Man könne die aus der eigenen Geschichte gewonnenen Erfahrungen in die Bewegung für Demokratie und Freiheit einbringen. Seine anstehenden Reisen nach Tunesien und Ägypten wolle er nutzen, zusammen mit der Sondergruppe Mittelmeer und Naher Osten der Versammlung neue Formen der Zusammenarbeit mit diesen Ländern zu erörtern. Mit Blick auf Libyen erklärte er, die Gewaltanwendung gegen die Bevölkerung sei nicht akzeptabel. Deshalb sei es wichtig gewesen, dass auch die Arabische Liga die NATO um Unterstützung gebeten habe.

Das Bündnis müsse auf Entwicklungen mit Veränderungen reagieren, fuhr Dr. Karl A. Lamers fort. Der NATO-Gipfel von Lissabon sei dabei mit seinen Ergebnissen ein wichtiger Meilenstein gewesen: in das neue Strategische Konzept seien die großen gemeinsamen – insbesondere parlamentarischen – Ziele eingeflossen: kollektive Verteidigung, neue Sicherheits Herausforderungen und die Zusammenarbeit mit Partnern. Er maß einer öffentlichen Diskussion zu den Inhalten des Konzepts eine besondere Bedeutung zu.

Der Präsident erklärte, Afghanistan werde weiterhin im Mittelpunkt des Interesses stehen, was sich auch in den Berichtsthemen aller Ausschüsse der Versammlung und dem für November geplanten Rose-Roth-Seminar widerspiegle. 2011 sei das entscheidende Jahr des beginnenden Übergangs, der Prozess vom Kampfeinsatz hin zur Unterstützungsrolle solle bis 2014 abgeschlossen sein. Er gehe davon aus, dass sich die NATO auch danach für die Sicherheit in Afghanistan einsetzen werde.

Anschließend begrüßte Dr. Karl A. Lamers den Sondergast aus Japan, der die Delegierten später über die aktuelle Situation in Japan informieren werde. Er sprach Herrn Matasaka Suzuki an dieser Stelle erneut sein aufrichtiges Beileid aus und sagte die Unterstützung der Versammlung für die Menschen in Japan zu. Danach wandte er sich einem weiteren Schwerpunktthema seiner Präsidentschaft zu: der *Cyber*-Sicherheit. Dies sei eine der wichtigsten aktuellen Sicherheits Herausforderungen. Unsere Infrastrukturen böten viele Ansatzpunkte für Angriffe, die verheerende Auswirkungen haben könnten. Auch seine Besuche bei den technischen Facheinrichtungen in Brüssel und Tallinn hätten ihn davon überzeugt, dass jede Nation alle erdenklichen Anstrengungen zum Schutz ihrer sensiblen Infrastruktur unternehmen müsse. Er regte auch die weitere Behandlung des Themas in den Ausschüssen an. Abschließend erklärte Dr. Karl A. Lamers, in Lissabon habe es einen Neustart in den Beziehungen zwischen der NATO und Russland gegeben. Er begrüße diese Entwicklung sehr und spreche sich dafür aus, Differenzen offen und regelmäßig zu diskutieren. Unterschiedliche Sichtweisen sollten die Zusammenarbeit nicht behindern, zum Beispiel im Bereich der Raketenabwehr, des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus und der Piraterie. Daher plane er einen Besuch in Moskau noch im Jahr 2011. Er dankte den Parlamentariern für ihr Vertrauen.

II. Ansprache der Präsidentin der bulgarischen Nationalversammlung Tsetska Tsacheva

Parlamentspräsidentin **Tsetska Tsacheva** erklärte, die Mitgliedschaft im Bündnis habe eine große Bedeutung für ihr Land; Bulgarien werde als Partner seinen Beitrag für Sicherheit und Wohlstand im euro-atlantischen Raum leisten. Durch das neue Strategische Konzept betone die NATO weiterhin ihre Rolle als wesentlicher Akteur in einer multipolaren Welt auf der Basis gemeinsamer Interessen. Die Parlamentarische Versammlung der NATO stehe dabei für die besondere Rolle der Bürgerinnen und Bürger beim Thema Sicherheit. Vielen seien die Bedrohungen inzwischen abstrakt geworden und sie würden die Notwendigkeit sicherheitspolitischer Maßnahmen nicht mehr ausreichend wahrnehmen. Vor dem Hintergrund der aktuellen finanz- und wirtschaftspolitischen Geschehnisse dürfe die Krise jedoch nicht als Vorwand dienen, sich den aktuellen Herausforderungen zu entziehen. Die Parlamentarier seien verantwortlich für die Haushaltsaufstellung, für Einsparungen und die Forderung nach mehr Effizienz bei den Ausgaben. Tsetska Tsacheva betonte, Sicherheit sei die Grundlage für Freiheit und Stabilität. Sie warb dafür, dass NATO und EU weiterhin für Stabilität im westlichen Balkan einträten. Auch müsse die Tür zum Bündnis weiter offengehalten werden, Bulgarien sei ein guter Ort um daran zu erinnern. Die NATO stehe nicht nur für Sicherheit, sondern auch für die gemeinsamen Grundlagen Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

IV. Ansprache des bulgarischen Ministerpräsidenten Boyko Borissov

Ministerpräsident **Boyko Borissov** betonte eingangs die besondere Bedeutung des Schwarzen Meeres als Verkehrsknotenpunkt zwischen dem europäischen Mittelmeer, Osteuropa und Vorderasien. Er fuhr fort, die Beteiligung Bulgariens am NATO-Einsatz in Libyen habe auch einen besonderen Hintergrund: jahrelang seien bulgarische Krankenschwestern dort gefangen gehalten worden. Viel früher schon hätte eingegriffen werden müssen, als vor den Augen der internationalen Staatengemeinschaft Verbrechen begangen worden seien. Abschließend sprach sich der Ministerpräsident für ein gemeinsames Energiekonzept aus; die Versorgungssicherheit sei Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit in Europa.

V. Ansprache von Masataka Suzuki, Sonderberater des Vorsitzenden des vom japanischen Parlament eingesetzten Rates für allgemeine Sicherheit

Masataka Suzuki entschuldigte den Vorsitzenden des Rates, Herrn Takesi Maeda, der gern selbst zu den Delegierten gesprochen hätte. Für die Anteilnahme sowie die Hilfs- und Unterstützungsangebote aus 130 Ländern und von über 30 Organisationen seien die Regierung und die Menschen in Japan sehr dankbar. Das Erdbeben im März 2011 sei in seiner Stärke und den Auswirkungen mit 30 000 Toten und Vermissten nicht vorhersehbar gewesen. Nach dem Erdbeben in Kobe (1995) habe das Land

verschiedenste Vorkehrungen gegen Erdbebenschäden getroffen, die bisher auch ausreichend und wirkungsvoll gewesen seien. Die Stärke des Erdbebens und die Höhe des folgenden Tsunamis hätten jedoch jede Vorstellungskraft überstiegen. Die dadurch eingetretene Beschädigung des Atomkraftwerks Fukushima Daiichi sei sehr schwerwiegend. In Japan würden 54 nukleare Anlagen betrieben, die 30 Prozent des benötigten Stroms erzeugten. Sie seien entlang der Küste angesiedelt. In den Reaktoren solle ein dreistufiges Sicherheitssystem Störfälle verhindern: erstens die automatische Abschaltung, zweitens die Kühlung des Reaktorkerns und drittens die Abschirmung radioaktiver Substanzen in einem Sicherheitsbehälter. Die 15 Meter hohe Tsunamiwelle habe den Ausfall der gesamten Energieversorgung der Anlage verursacht. Die bekannten dramatischen Folgen seien eingetreten, weil nach der Abschaltung der Reaktoren die Kühlung der Reaktorkerne nicht funktioniert habe. Es sei ihm wichtig festzustellen, dass es keine nukleare Explosion gegeben habe und die Situation nicht außer Kontrolle geraten sei. Nach wie vor werde alles unternommen, um die Lage zu stabilisieren. Man habe aus der Katastrophe gelernt und werde entsprechende Schutzmaßnahmen einleiten. Japan sei das einzige Land, das unter Atombomben gelitten habe, und gerade deshalb habe man sich der friedlichen Nutzung der Atomenergie verschrieben.

VI. **Ansprache von Admiral Samuel Locklear III, Kommandeur des *Allied Joint Force Command Naples***

In seinem Vortrag streifte **Admiral Samuel Locklear III** die Themen: Libyen, Kosovo, Irak und die Operation *Active Endeavour*.

Er fasste zusammen, dass die VN sehr rasch auf die Übergriffe in Libyen reagiert und die Resolution 1973 zum Schutz der Zivilbevölkerung verabschiedet hätten. Nur zwei Tage später habe die NATO die Beschlüsse umgesetzt, die Militäroperation sei unter den Beteiligten koordiniert, das Waffenembargo und das Überflugverbot anschließend umgesetzt worden. Die Maßnahmen würden solange fortgeführt, wie der Schutz der Zivilbevölkerung und die Sicherung der humanitären Hilfslieferungen es gebiete.

Im Kosovo zeige sich die Lage – außer im Norden des Landes – stabil. Die Schutztruppe KFOR sei von 15 000 auf 5 000 reduziert worden und ihr Mandat werde in absehbarer Zeit beendet.

Auf Wunsch des Irak, wo sich die Verhältnisse allmählich stabilisierten, finde dort seit 2004 eine Trainingsmission der NATO statt, bei der Sicherheitskräfte ausgebildet würden. Auf mittlere Sicht sei im Irak mit einer selbsttragenden Sicherheitssituation zu rechnen.

Die Operation *Active Endeavour* im Mittelmeerraum sei eine Reaktion des Bündnisses auf die Anschläge vom 11. September 2001. *Active Endeavour* trage ebenso zur Abschreckung terroristischer Aktivitäten bei wie zur Bekämpfung des Drogen- und Menschenhandels.

Die Fragerunde eröffnete der Abgeordnete **Philippe Vitel** (Frankreich) mit einem Lob der sehr raschen Reaktion des Bündnisses auf die Ereignisse in Libyen. Zugleich erkundigte er sich danach, ob die Militäroperation in Libyen ohne den Einsatz von Bodentruppen überhaupt erfolgreich sein könne. Nachdrücklich unterstrich **Admiral Samuel Locklear III**, dass die NATO und ihre Partner keine Bodentruppen in Libyen einsetzen würden. Die libyschen Rebellen seien in der Lage, allein mit der NATO-Luftunterstützung Gaddafis Truppen zu besiegen. Sei dieses Ziel erreicht, dann sollte der demokratische Übergang durch die VN oder die NATO begleitet werden. Senator **Sergio De Gregorio** (Italien) wollte wissen, ob seit dem Abzug von US-Flugzeugen aus Libyen ein Engpass bei den Lufteinsätzen entstanden und wie mit den Flüchtlingen umzugehen sei, unter denen sich möglicherweise auch Al-Qaida-Anhänger oder andere radikale antidemokratische Kräfte befinden könnten. **Admiral Samuel Locklear III** sah keine gravierenden Defizite durch den Teilabzug US-amerikanischer Luftwaffeneinheiten. Zu den erwarteten Flüchtlingen kommentierte er, der beste Weg bestehe darin, in Libyen rasch so gute Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, dass die Menschen das Land gar nicht erst verlassen beziehungsweise schnellstmöglich zurückkehrten. Bedenklich sei das riesige Waffenarsenal in Libyen, das unverzüglich unter eine legitime Kontrolle gebracht werden solle. Die Abgeordnete **Harriett Baldwin** (Vereinigtes Königreich) fragte nach den *rules of engagement* der NATO bei der Pirateriebekämpfung am Horn von Afrika, insbesondere ob sie ausreichend und politisch unterlegt seien. **Admiral Samuel Locklear III** erläuterte, dass es im Nordatlantikrat viele Diskussionen sowohl über den Umfang als auch die Parlamentsvorbehalte der *rules of engagement* gebe; beides sei politisch zu lösen. Militärisch stellten die *caveats* eine sehr große Herausforderung bei der Konzeption der Einsatzpläne dar; jeder Vorbehalt müsse unter den Bündnispartnern abgestimmt und in den Einsatzplan eingepflegt werden. Kompliziert und umständlich sei dieses Prozedere, er wünsche sich eine vertrauensvollere Zuweisung der von den NATO-Partnern bereitgestellten militärischen Fähigkeiten.

VII. **Bericht des Schatzmeisters der Versammlung, Senator Pierre Claude Nolin (Kanada), und Abstimmung über Haushaltsdokumente**

Der Schatzmeister Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) stellte seinen Haushaltsbericht für das Jahr 2010 und das laufende Haushaltsjahr 2011, die Jahresbilanz 2010 und den Bericht über den Pensionsfonds 2010 vor. Er wies darauf hin, dass es einen Überschuss im Jahr 2010 gegeben habe. Die Versammlung nahm die Dokumente in der vorgelegten Fassung an.

Dr. Karl A. Lamers, MdB
Leiter der Delegation

Minister Lorenz Caffier
Leiter der Delegation
des Bundesrates

